

## Dokumentation

# Neue Zuwanderung aus Südosteuropa – Herausforderung für die Kommunen



## Workshop der Modellregion Integration Offenbach

Rathaus  
Berliner Straße 100  
63065 Offenbach

16. November 2012

## **Impressum**

Herausgeber:	Magistrat der Stadt Offenbach am Main Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration Koordinierungsbüro Modellregion Integration
Redaktion:	Ana-Violeta Sacaliuc Kordinatorin Modellregion Integration Offenbach
Dokumentation:	Cigdem Orhan Mitarbeiterin Modellregion Integration Offenbach
Protokoll:	Martin Brust Freier Journalist
Fotodokumentation:	Lena Grimm Fotogalerie am Goetheplatz, Bernardstr. 63 A Offenbach
Druck:	Stadt Offenbach am Main
Auflage:	100

Offenbach am Main, im März 2013

Im Internet als PDF verfügbar unter:

<http://www.offenbach.de/offenbach/themen/leben-in-offenbach/integration-und-zusammenleben/modellregion-integration/>

### **Kontakt:**

Ana-Violeta Sacaliuc  
Kordinatorin Modellregion Integration

Stadt Offenbach am Main  
Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration  
Rathaus, Zimmer 1110  
Berliner Str. 100  
63065 Offenbach am Main

Telefon: 0049 69 8065 2027

E-Mail: [Ana-Violeta.Sacaliuc@offenbach.de](mailto:Ana-Violeta.Sacaliuc@offenbach.de)

## **Inhaltsverzeichnis**

Vorwort	4
Zusammenfassung der Ergebnisse	5
Die Ergebnisse im Überblick	7
Tagesprogramm	8
Teilnehmerliste	9
Einführungsstatements	11
<b>Teil I: Präsentationen</b>	
Fachvortrag „Handlungskonzept für nachhaltige strukturelle Lösungsstrategien: Interkommunale Entwicklung eines Handlungsrahmens Zuwanderung aus Südosteuropa“ Christiane Certa, Sozialplanerin, Stadt Dortmund	12
Fachvortrag Statistische Daten der Zuwanderung aus EU2-Ländern in Offenbach Beate Kolodziejcki und Thorsten Nowak Abteilung Statistik Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration Offenbach	14
<b>Teil II: Diskussion und Erfahrungsaustausch</b>	21
<b>Teil III: Arbeitsgruppen</b>	
Arbeitsgruppe 1: Bildung und Soziales	23
Arbeitsgruppe 2: Arbeit, Sicherheit, Rechtordnung	25
Schlusswort	26
Anlage PowerPoint Präsentation der Stadt Dortmund	27

## Vorwort

Kulturelle Vielfalt ist ein unbestrittenes Markenzeichen der Stadt Offenbach. Diese Eigenschaft hat über Jahrzehnte ein friedliches Zusammenleben der einheimischen Deutschen mit Menschen aus 154 anderen Nationen<sup>1</sup>, darunter Rumänien und Bulgarien ermöglicht. Ein wesentlicher Beitrag zu dieser harmonischen Lebensgestaltung und integrationsbegünstigenden Struktur leistet die gute Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit Bildungs- und Sozialträgern, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Behörden. Auch das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa hat mit der Auszeichnung Offenbachs im Jahr 2009 als eine *Modellregion Integration* die Leistung der Stadt im Bereich Integration von Immigrant\*innen öffentlich gewürdigt.

Doch durch die neue Zuwanderung aus den südosteuropäischen Ländern, Rumänien und Bulgarien in den letzten Jahren stehen Institutionen und die Stadtbevölkerung Offenbachs integrationspolitisch vor großen Herausforderungen. Die in einer übersichtlichen Zeitperiode angekommene heterogene Zuwandergruppe bringt neue Erscheinungsformen wie Fremdenbilder, neue Verhaltensmuster und neue Ausdrucksformen der Armut im öffentlichen Raum mit sich. Auch die strukturellen Rahmenbedingungen dieser Zuwanderung sind unterschiedlich bezüglich der traditionellen Gastarbeiter. Als Bürger der Europäischen Union haben die neuen Zuwanderer das Aufenthaltsrecht wenn auch ohne Anspruch auf Sozialleistung, aber den Zugang zum Arbeitsmarkt ist ihnen bis 2014 nur als Selbstständige erlaubt. Nach genauerer Betrachtung der Lebenslage dieser neuen Zuwanderer ist es inzwischen bekannt, dass diese Welle der binneneuropäischen Migration eher mit Armutszuwanderung zu tun hat, als mit der von der EU beabsichtigten Arbeitsmobilität. Der Ausmaß und die Art der Auswanderung sprechen von einem flüchtlingsartigen Verlassen des Heimatlandes, von einer von akutem Armut und Perspektivlosigkeit gesteuerten Auswanderung, wenn auch nur von der Vorstellung der Verarmung.

Viele Betroffene, Zuwanderer, Stadtbewohner und Einrichtungen haben Rat beim Integrationsbüro der Stadt gesucht. Im Jahr 2010 hat die Modellregion Integration bereits die ersten *Maßnahmen für eine zügige Integration der neuen Zuwanderer* eingeleitet. Erst aber mit dem Versuch einer Situationsanalyse in zahlreichen Gesprächen mit *der institutionellen Seite* wurde der enorme Bedarf an einer koordinierten Vorgehensweise und an Lösungen zum *strukturellen Problem* sichtbar. Der Weg zur Lösungsfindung geht über den Austausch, die Kommunikation und Zusammenarbeit der Einrichtungen mit Behörden und der Zivilgesellschaft. Mit diesem Ziel hat die Stadt Offenbach im Rahmen der *Modellregion Integration* am 16. November 2012 den Workshop „*Neue Zuwanderung aus Südosteuropa – Herausforderung für die Kommunen*“ organisiert.

Hierzu wurden wichtige Akteure der Kommune und des Landes eingeladen, um sich gemeinsam mit der aktuellen Situation der Stadt auseinander zu setzen. Das Interesse an einer solchen Fachtagung in Offenbach hat jede Erwartung übertroffen. Das Signal war deutlich: Es handelt sich um ein überregionales Problem und die Lösungen dazu müssen entsprechend formuliert werden.

---

<sup>1</sup> Quelle: Stadt Offenbach, Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration, Statistik und Wahlen, zum Stichtag 31.12.2012.

## **Zusammenfassung der Ergebnisse**

Im Workshop wurde zunächst die Problematik der neuen Zuwanderungsgruppe in Offenbach unter zwei Aspekten behandelt - Zum einen unter dem Aspekt der „Bildung und des Sozialen“ und zum anderen in Bezug auf „Arbeit, Sicherheit und Rechtsordnung“. Schließlich wurden in Arbeitsgruppen Lösungsansätze diskutiert. Aufgrund der Heterogenität der Einwanderungsgruppen, war die Ableitung eines einheitlichen Bedarfs mühsam und intensiv.

### **Bildung und Soziales:**

#### **Sprache**

Die Hauptproblematik der neuen Zuwanderungsgruppe ist die Sprache. Die meisten Zuwanderer haben keine Deutschkenntnisse, einige unter ihnen sind Analphabeten und müssen sich im Alltag mit Sprachbarrieren zurechtfinden. Gut ausgebildete, zum Teil hochqualifizierte Zuwanderer, sind zwar im öffentlichen Bild unauffällig, sie tauchen aber auch in Sprachkursen und Beratung auf. Oftmals sind die Deutschkurse zu teuer oder können wegen der Arbeitszeiten der Migranten nicht wahrgenommen werden. Muttersprachliche Informationen über den Zugang zu Schulplätzen stehen kaum zur Verfügung.

Wichtige Lösungsansätze bezüglich der Sprachproblematik sind: niederschwellige Deutschkurse in Schulen, Finanzierung von Kursen und Angebot von kostenlosen Sprachkursen.



Die Erstellung eines Dolmetscherpools ist ebenso von besonderer Bedeutung. Mit Hilfe der Schulen und des Stadtschulamtes können Informationen zur Anmeldung in Schulen erteilt werden.

#### **Wohnverhältnisse**

In Bezug auf Wohnverhältnisse gibt es soziale, wirtschaftliche und persönliche Probleme. Die Menschen wohnen in zu stark belegten und überteuerten Wohnungen und sind oft verschuldet. Eine Aufklärung des Mieters und Ansprache der Vermieter durch die Behörden ist ein Lösungsvorschlag für die Wohnungsproblematik. Zur Orientierung kann die Erstellung eines Informationsflyers bezüglich wohnungs- und arbeitsrelevanter Fragen in den Sprachen Bulgarisch und Rumänisch hilfreich sein.

#### **Gesundheit**

Die sozialen Umstände bringen materielle Not und Gesundheitsprobleme mit sich. Problematisch ist hierbei auch die Krankenversorgung. Es gibt eine hohe Anzahl von Menschen, die nicht krankenversichert ist.

Im Bereich der Gesundheit ist die Gründung eines Arbeitskreises zum Thema Krankenschutz vorstellbar. Zudem Möglichkeiten einer kostenlosen Behandlung oder die Einrichtung eines Gesundheitsfonds für die Übernahme der medizinischen Versorgung.

## **Arbeit, Sicherheit, Rechtsordnung**

### **Arbeit**

Als Folge der oben dargestellten sozialen Problematik, besteht oft finanzielle Not. Ohne jegliche Kenntnisse über den deutschen Arbeitsmarkt melden viele Zuwanderer Gewerbe, um ihren legalen Status zu sichern. Darunter sind aber auch Scheinselbstständige, die nicht selten ausgebeutet werden. Die meisten Zuwanderer haben bisher keinen Leistungsanspruch des SGB II.

In Hinsicht auf die unterschiedlichen Problemlösungsstrategien sind Migrationsberatungsstellen von herausragender Bedeutung. Sie könnten mit dem Angebot von fremdsprachigen Sprechstunden eine sinnvolle Berührungsstelle zu der neuen Zuwanderungsgruppe sein. Auch die Rolle des Integrationsbeauftragten, Anregungen und Problemfälle zu bearbeiten, ist in diesem Rahmen wichtig.



### **Kriminalität**

Nach der neuen Statistik des Polizeipräsidiums sind Bulgaren und Rumänen auf Platz zwei und drei in der Liste mit den Nationalitäten der Tatverdächtigen. Ebenso hoch ist aber auch der Anteil der Opfer unter der Gruppe. Beispielsweise sind die Menschen in Bezug auf Wohn- und Beschäftigungsverhältnisse Opfer organisierter Kriminalität.

Die Polizei braucht eine zielorientierte Öffentlichkeitsarbeit und bessere Kooperation mit anderen Akteuren, wie z.B. mit dem Quartiersmanagement, die zwischen ihr und der Zielgruppe vermittelt.

### **Multiple Problemlage:**

Innerhalb dieses Themenkomplexes kritisierten einige Teilnehmer, sowohl die restriktive Sicht und die von Vorurteilen geprägte Grundhaltung deutscher Behörden, als auch den bürokratischen Aufwand bei Projektanträgen.

Mehr Einfluss auf die Politik könnte durch die Erleichterung institutioneller Anbindung der Multiplikatoren und eine Entwicklung einer Lobby unter den Zuwanderern erreicht werden. Ein wichtiger Akteur für die politische Zusammenarbeit ist die Modellregion Integration, ein hessisches Programm, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Integration zu fördern und in verschiedenen Handlungsfeldern nachhaltige Strukturen zu bilden.

Mit diesem retrospektiven Blick auf die Fachtagung kann der Workshop als ein guter Start für weitere Auseinandersetzungen mit dem Thema auf der institutionellen Ebene betrachtet werden.

## Die Ergebnisse im Überblick

<b>Probleme</b>	<b>Lösungsvorschläge</b>
Sprachkenntnisse Deutsch	Angebot von niederschweligen Deutschkursen Finanzierung von Kursen Erstellung eines Dolmetscherpools
Schule	Beratung im Stadtschulamt oder in Grundschulen Flyer in der Herkunftssprache
Wohnung	Aufklärung über Mietverhältnisse in der Muttersprache
Gesundheit	Flyer in der Herkunftssprache Arbeitskreis zum Thema Krankenschutz Kostenlose Behandlungsmöglichkeiten Einrichtung eines Gesundheitsfonds
Arbeit	Aufklärung in der Landessprache bei der Gewerbeanmeldung Einsatz von Muttersprachlern im Ordnungsamt für die Gewerbeanmeldung Information für die Arbeitnehmer bezüglich Arbeitsmarkt in Deutschland
Kriminalität	Polizei als Anlaufstelle Zielorientierte Öffentlichkeitsarbeit der Polizei Zusammenarbeit anderer Träger mit der Polizei
Multiple Problemlage und Alltagsprobleme der Zuwanderer	Lobbygründung, Projektanträge Migrationsberatungsstellen, Integrationsbeauftragter

## Tagesprogramm

- 09:30 Uhr      **Begrüßung**
- Dr. Felix Schwenke  
Integrationsdezernent der Stadt Offenbach
- Hangama Kawa  
Referat V/A2, Abteilung V  
Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
- 10:00 – 10:20 Uhr      **Präsentationen**
- „Handlungskonzept für nachhaltige strukturelle Lösungsstrategien:  
Interkommunale Entwicklung eines Handlungsrahmens Zuwanderung aus  
Südosteuropa“  
Fachvortrag  
Christiane Certa  
Sozialplanerin Stadt Dortmund
- 10:20 – 10:40      Diskussionsrunde
- 10:40 – 10:50      Statistische Daten der Zuwanderung aus EU2-Ländern in Offenbach  
Beate Kolodziejski, Thorsten Nowak  
Abteilung Statistik, Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration
- 10:50 – 11:00  
Pause
- 11:00 – 12:30 Uhr      **Erfahrungsaustausch**
- 12:30 – 13:15  
Mittagspause
- 13:15 – 14:30 Uhr      **Thematische Arbeitsgruppen**
1. Bildung und Soziales
  2. Arbeit, Sicherheit und Rechtsordnung.
- 14:30 – 15:00 Uhr      **Abschließende Diskussion**
- 15:00 Uhr      Abschluss.





**Finanzamt Offenbach**

Dierk Friedemeyer

**IHK Offenbach**

Thomas Süsler

**Migrationsberatungsdienste**

Wilfried Bille

Internationaler Bund (IB)

Linda Blessing

Internationaler Bund IB

Ali Karakale

Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Ismet Küpelikilinc

Kubi e.V.

Apolinario Madeira Pires

Caritas

Mahshid Najafi

Kubi e.V.

Anastassia Pentidou

Diakonisches Werk

Barbara-Anne Podborny

Diakonisches Werk

Hanne Schirmer

Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Steffen Schmidt

Diakonisches Werk

**Quartiersmanagement**

Marcus Schenk

**Interessenvertreter der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien**

Pfarrer Stefan Anghel

Rumänisch-Orthodoxe Kirchengemeinde e.V.

Dorothea Krampol

Rumänische Gemeinde im Rhein-Main-Gebiet e.V.

**DGB**

Mihai Balan

Beratungsstelle Rhein/Main, Projekt „Faire Mobilität“

**Moderation**

Dr. Matthias Schulze-Böing

Ralf Theisen

Felicitas von Küchler

**Assistenz**

Yvonne Schöniger

Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration

Martina Bösler

Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration

**Dokumentation der Fachtagung**

Martin Brust

Protokoll

Lena Grimm

Foto-Dokumentation

## Einführungsstatements

*Der Stadtrat und Dezernent für Arbeit, Bildung, Integration, Ordnung und Soziales der Stadt Offenbach eröffnet die Fachtagung mit der Anmerkung, dass „das Thema der Veranstaltung auf reges Interesse trifft und die Stadt in vielfältiger Weise betroffen ist. Das lässt sich auch daran merken, dass es zum Workshop der Modellregion Integration Offenbach (MRI) eine Art „Who is Who“ der in der Stadt mit dem Thema beschäftigten Menschen versammelt hat. Ziel dieser Veranstaltung ist das Kennenlernen der Akteure für die alltägliche Arbeit, deshalb ist es zu begrüßen, dass so viele gekommen sind.*



Stadtrat Dr. Felix Schwenke

Offenbach war mit dem Thema der neuen Zuwanderung aus Südosteuropa mehrfach in den Medien. Dabei zeigten sich zwei Tendenzen: auf der einen Seite schrieb neulich die Süddeutsche Zeitung „Offenbach ist nicht Neukölln“ und meinte damit die gelungene Integrationsarbeit der Stadt; mit der neuen Zuwanderung gibt es Probleme auf der anderen. Die Zahl der Menschen aus Bulgarien und Rumänien hat sich in Offenbach verzwanzigfacht in den letzten fünf Jahren, und meist handelt es sich dabei um Armutswanderung. Das muss die Stadtgesellschaft aber vor allem die Anwesenden und andere Institutionen des öffentlichen Lebens be- und verarbeiten. Die Menschen sind hier in der Stadt, deshalb ist es Zeit für konkrete Taten. Zunächst soll heute die Bestandsaufnahme der aktuellen Situation erfolgen und dann der Frage nachgegangen werden: Was kann man zur Lösung dieser Herausforderung machen? Dazu müssen die Beteiligten auch über den Tellerrand schauen, deshalb ist es besonders hilfreich, zunächst den Bericht aus Dortmund zu hören.

Was man nicht machen darf, ist aber, nicht nur über diesen Menschen reden, sondern man muss auch mit ihnen darüber reden. Ich freue mich, dass auch Vertreter der Bürgerinnen und Bürger mit rumänischer Herkunft anwesend sind. Umso mehr sind alle eingeladen, sich in das Programm einzubringen und interessante Ansätze zu entwickeln“.

*Die Vertreterin des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa begrüßt ebenso die Teilnehmer.*

„Ich bin heute zum dritten Mal bei einem Workshop der MRI Offenbach, konnte mich also bereits mehrfach von der Dynamik überzeugen, die die MRI in Offenbach entfaltet. Wir müssen uns der Herausforderung durch die neue Zuwanderung stellen und dazu die Lebensumstände der Menschen hier verstehen. Viele der neuen Zuwanderer sind als Roma in ihrer Heimat Verfolgungen ausgesetzt. Diese Menschen kommen in größeren Wellen hierher, weil das EU-Recht es ihnen ermöglicht und aus ihrer persönlichen Situation heraus. Ihre Zahl wird weiter steigen und ist schwer zu begrenzen. Offenbach hat sich entschieden, das Problem aktiv anzugehen. Die Kooperation mit den Migrantenselbstorganisationen (MSO) wurde durch die MRI intensiviert, aber es gab sie auch vorher schon. Die MRI geht auf die MSO zu und kümmert sich um die Vernetzung zwischen MSO und Migranten-Beratungsstellen. Es ist auch durch die Aktivität der Programmkoordinatorin MRI gelungen, mit den Sicherheitsbehörden und -Organisationen zusammen zu arbeiten. Ich bin gespannt zu hören, welche Ideen entwickelt und umgesetzt werden“.

## Teil I

### Präsentationen

#### **„Handlungskonzept für nachhaltige strukturelle Lösungsstrategien: Interkommunale Entwicklung eines Handlungsrahmens Zuwanderung aus Südosteuropa“**

**Christiane Certa, Sozialplanerin der Stadt Dortmund**

[Anmerkung: Die Folien der PowerPoint-Präsentation werden als Anlage beigelegt.]

Im Folgenden werden die Strukturen und die Situation in der Stadt Dortmund vorgestellt.

In der Stadt Dortmund gibt es eine fünffache Erhöhung der Zahl der gemeldeten Bulgaren und Rumänen seit 2006. Die Menschen konzentrieren sich auf einzelne Quartiere, in manchen Stadtteilen wie der Innenstadt Nord hat sich deren Zahl sogar um das 18-fache erhöht. Außerdem gibt es eine hohe Dunkelziffer, die nicht quantifiziert werden kann.

Die Stadt Dortmund hat erste Hinweise auf die neue Zuwanderung 2008/09 durch die Ämter für Gesundheit und Soziales bekommen. Die waren mit einer neuen Gruppe Menschen konfrontiert, die ein völlig anderes Verhalten zeigten und für die Angebote der Stadt nicht zugänglich waren. Das war der erste Ansatzpunkt.

Es folgten zunehmende Nachbarschaftsstreitigkeiten und Müllberge, insbesondere in der Nordstadt. Die Erfahrungen, die die Stadt mit der Zuwanderung hatte, halfen in diesem Fall nicht weiter. Die bereits vorhandenen Angebote mussten angepasst werden. Genauso wie bei der Arbeit der Polizei und des Ordnungsamts stieß auch die Sozialplanung an ihre Grenzen, weil ein Wissensmangel über die zugewanderte Gruppe herrschte und kaum Lösungsansätze vorhanden waren.

Daher wurde der Schluss gezogen, dass ein Netzwerk für besser verzahnte und strukturierte Arbeit mit allen Beteiligten benötigt wird. Anfang 2010 wurde das örtliche „Netzwerk EU-Zuwanderung“ mit der Beteiligung von Hilfsorganisationen, Stadt, Ordnungsamt und MSO gegründet. Außerdem folgte eine Umstrukturierung der Dortmunder Sicherheitskonferenz, die sich seit den 1990er Jahren viermal im Jahr, in Anwesenheit von Polizei, Staatsanwaltschaft, der Hilfeseite und der Stadt, trifft. Anfang 2011 wurde sie mit Einbezug der Öffentlichkeit sogar um eine AG-Ebene erweitert. Örtliche Vernetzung und Steuerung brachte zwar einzelne Problemlösungen, aber keine Gesamtlösung. Daher wurde früh erkannt, dass die Folgen dieser Zuwanderung mit den örtlichen Ressourcen nicht gelöst werden können. Es wurde festgestellt, dass eine strategische Problemlösung überörtlich geschehen muss.

Durch den Fachaustausch mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales wurde das interkommunale Projekt „Handlungsrahmen Zuwanderung Südosteuropa“ entwickelt mit dem Ziel, nachhaltige praktische Lösungsansätze zu entwickeln.



Das Projekt ist im Dezember 2011 gemeinsam mit der Stadt Duisburg gestartet und dient vor allem dem Austausch auf Fachbereichsebene. Mehrere Workshops sowie eine Feldforschung wurden durchgeführt.

Die wissenschaftliche Begleitung und der fachthemenzentrierte Austausch brachten zwar

interessante Diskussionen und Ansätze, aber deren Umsetzung in die Praxis ergab sich als schwierig. Im Rahmen des Projektes wurde festgestellt, dass die Rede über die Rumänen oder die Bulgaren problematisch ist, weil es sich um eine sehr spezielle Gruppe handelt, die für viele MSO nicht erreichbar ist. Es fehlt ein zentraler Ansprechpartner für die neue Zuwanderung. Daher hat die Stadt Dortmund sich die Hilfe zur Selbsthilfe sowie den Ausbau und die Intensivierung der örtlichen und überörtlichen Vernetzung zum Ziel gesetzt.

Zusammengefasst wurden Lösungsansätze wie folgend erläutert:

Gruppe 1 -4: Für eine direkte Verbesserung der Integrationschancen der Betroffenen

Gruppe A – D: Richtet sich an die politische Ebene.

**Lösungsansatz 1** Durch die aufsuchende Arbeit müssen realistische Perspektiven für die Menschen entwickelt werden, wobei nicht nur auf die Abschlüsse, sondern auch auf die Fertigkeiten der Zuwanderer achtgegeben muss. Viele nehmen bestehende Hilfeangebote erst im Notfall an. Es ist auch wichtig an Parallelstrukturen heran zu kommen. Durch eine Besprechung über die Wünsche, das Wollen und die Möglichkeiten können *Integrationsverträge* abgeschlossen werden.

**Lösungsansatz 2** Hilfreich wäre ein Angebot von Informationen zur Orientierung im Arbeitsmarkt. Eine Basis für den Lebensunterhalt aus Erwerbsarbeit muss gefunden werden, was oft rechtlich oder fiskalisch nicht möglich ist. SGB XII droht ab 2014, zum Ausfallbürgen zu werden.

**Lösungsansatz 3** Die prekären Verhältnisse führen dazu, dass Kinder in kriminelle Strukturen abrutschen und dass zu viele Mädchen früh verheiratet werden, daher müssen die Rechte der Kinder sowohl in Deutschland, als auch in den Herkunftsländern gestärkt werden. Wichtig sind sensibilisierende Fortbildungen, die diese Probleme nicht mit der Herkunftskultur erklären.

**Lösungsansatz 4** Die Etablierung einer Wohnungsnotfallstrategie, die den Menschen Zugang zum normalen Wohnungsmarkt ermöglicht und gleichermaßen als Strategie gegen Ausbeutungsstrukturen wirkt, ist wichtig. Dazu müssen eine Mietfähigkeit hergestellt und Vermieterstrukturen geschaffen werden.

**Lösungsansatz A** Eine Initiative der Städte in Richtung Bund ist von großer Bedeutung, da die Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene in den Städten durchgesetzt werden.

**Lösungsansatz B** Obwohl viele Probleme mit der Krankenversicherung grundsätzlich geklärt sind, funktionieren diese Lösungen in der Praxis oft nicht. Daher ist es wichtig, dass ein gut vernetztes System zentraler Clearingstellen geschaffen werden muss.

**Lösungsansatz C** Die Versorgung der Menschen etwa bei der Krankenversicherung kann bis zur Schaffung langfristiger Lösungen über Fonds finanziell abgesichert werden.

**Lösungsansatz D** Da die Beantragung für Fördermittel zu aufwändig ist, wäre ein erleichterter Zugang zu diesen Mitteln wünschenswert. Vorstellbar ist eine Servicestelle auf der Landesebene.

## **Fazit**

Die intensive Kooperation im örtlichen Netzwerk und der Austausch über die Ebenen hinweg, haben die Stadt Dortmund in Bezug auf die Herausforderung mit der neuen Zuwanderergruppe aus Ost- und Südosteuropa nach vorne gebracht.

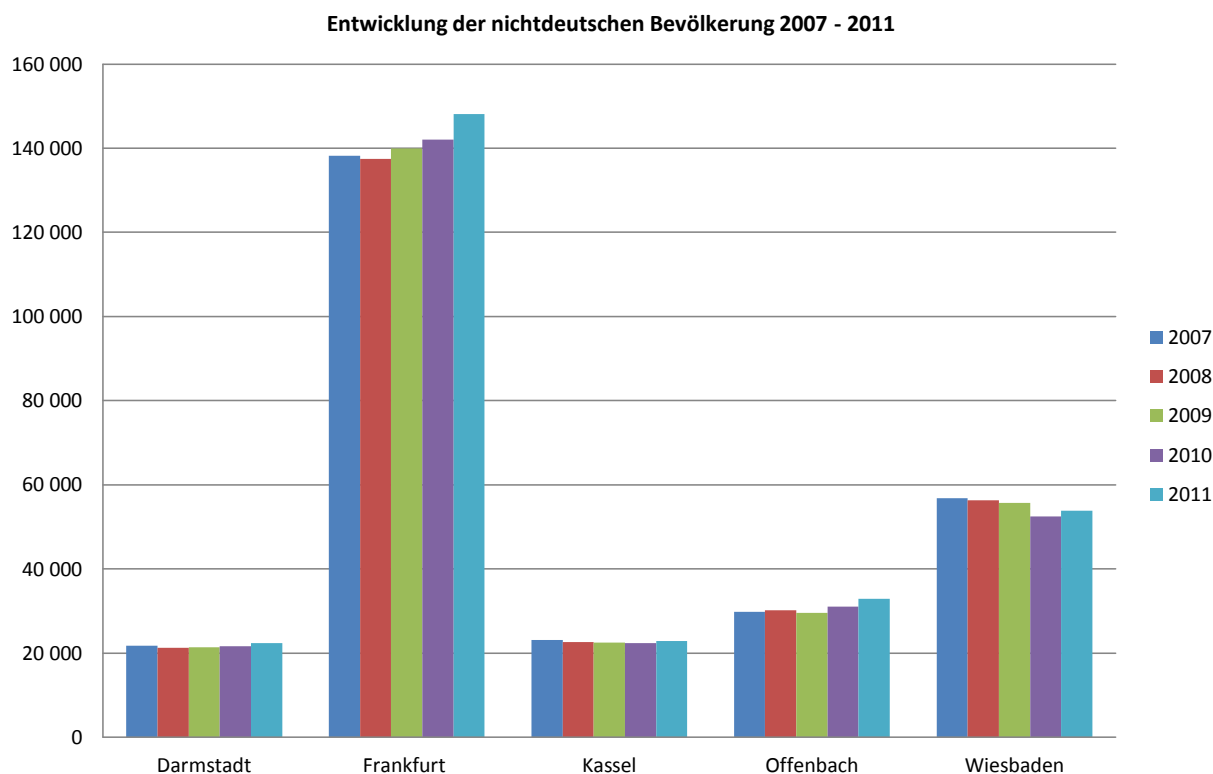
## Statistische Daten der Zuwanderung aus den EU2-Ländern: Rumänien und Bulgarien in Offenbach

Beate Kolodziejski  
 Thorsten Nowak  
 Stadt Offenbach am Main  
 Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration; Statistik und Wahlen

Folie 1

### Regionale Entwicklung der nichtdeutschen Bevölkerung im Zeitraum 2007 – 2011

Offenbach verzeichnet im interkommunalen Vergleich prozentual den höchsten Zuwachs bei der nichtdeutschen Bevölkerung (von bis zu 10 Prozent).



Bevölkerungsbestand (Index Basisjahr 2007)

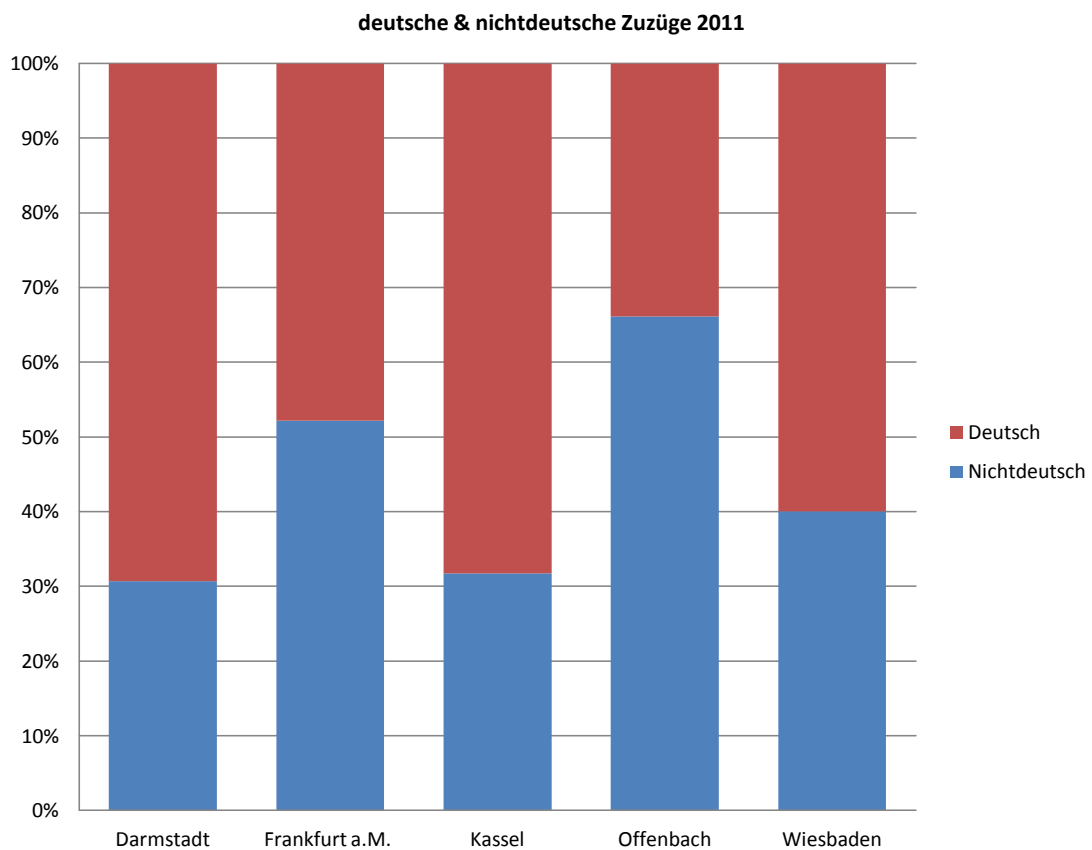
	31.12.2007		31.12.2008		31.12.2009		31.12.2010		31.12.2011	
	Gesamt	Nichtd.	Gesamt	Nichtd.	Gesamt	Nichtd.	Gesamt	Nichtd.	Gesamt	Nichtd.
Darmstadt	100,0	100,0	100,1	97,7	100,8	98,4	101,6	99,4	104,8	102,9
Frankfurt	100,0	100,0	100,9	99,5	102,0	101,3	103,1	102,8	104,9	107,2
Kassel	100,0	100,0	100,2	97,6	100,5	97,5	100,9	96,7	101,4	98,7
<b>Offenbach</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,6</b>	<b>101,1</b>	<b>100,4</b>	<b>98,9</b>	<b>101,9</b>	<b>104,0</b>	<b>103,8</b>	<b>110,1</b>
Wiesbaden	100,0	100,0	100,3	99,0	100,6	98,0	100,0	92,4	101,1	94,7

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Eigene Berechnung

Statistik und Wahlen

**Regionale Zuzüge im Jahr 2011 nach deutsch / nicht deutsch:**

Im interkommunalen Vergleich hat Offenbach mit 66,1 % den höchsten Anteil an nichtdeutschen Zuzügen.



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Eigene Berechnung

Statistik und Wahlen

## Bestand der nichtdeutschen Bevölkerung in Offenbach -nach Nationalitäten

Die Zahl der Bulgaren mit Hauptwohnsitz hat sich seit dem EU-Beitritt im Jahr 2007 um 439,1 % erhöht. Bei den Rumänen sind es seit 2007 179,2 %.

Bestand der nichtdeutschen Bevölkerung nach Nationalitäten <sup>1</sup>											Veränderung seit ... bis 2011 in %	
Kontinent / Land	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2002	2007
<b>Europa</b>	28 640	28 810	28 941	28 969	27 755	28 385	28 980	28 664	30 350	32 173	12,3	13,3
darunter												
Türkei	6 982	7 077	7 155	7 180	7 193	7 178	7 050	6 904	6 907	6 802	-2,6	-5,2
Serbien und Montenegro <sup>2</sup>	3 345	3 415	3 384	3 286	3 132	3 010	2 798	2 501	2 292	1 769	-47,1	-41,2
Jugoslawien (Gesamtjugoslawien)	0	0	0	0	0	0	0	0	5	3	-	-
Serbien (einschl. Kosovo)	0	0	0	0	0	88	124	129	123	84	-	-
Montenegro	0	0	0	0	0	.	8	21	40	60	-	-
Kosovo	0	0	0	0	0	0	4	52	120	182	-	-
Serbien	0	0	0	0	0	0	36	170	314	805	-	-
EU-Länder	11 167	11 157	12 999	13 079	12 277	13 623	14 516	14 553	16 156	18 131	62,4	33,1
Griechenland	4 088	4 131	3 992	3 867	3 610	3 571	3 484	3 380	3 539	3 887	-4,9	8,8
Italien	4 449	4 372	4 267	4 102	3 916	3 845	3 766	3 655	3 613	3 640	-18,2	-5,3
Sonstige	2 630	2 654	2 581	2 543	2 299	2 259	2 308	2 242	2 262	2 383	-9,4	5,5
EU-Länder 2004	1 842	1 789	2 159	2 567	2 452	2 849	3 225	3 216	3 861	4 248	130,6	49,1
Litauen	91	87	132	210	218	247	261	271	317	367	303,3	48,6
Lettland	53	61	57	60	51	54	55	95	156	159	200,0	194,4
Polen	1 186	1 168	1 483	1 776	1 769	2 100	2 406	2 439	2 894	3 210	170,7	52,9
Ungarn	165	154	143	154	94	109	165	122	189	179	8,5	64,2
Sonstige	347	319	344	367	320	339	338	289	305	333	4,0	-1,8
EU-Länder 2007	808	799	816	781	684	1 099	1 733	2 060	2 881	3 973	391,7	261,5
Bulgarien	226	205	188	183	148	348	717	884	1 338	1 876	730,1	439,1
Rumänien	582	594	628	598	536	751	1 016	1 176	1 543	2 097	260,3	179,2
<b>Afrika</b>	2 716	2 794	2 791	2 615	2 587	2 415	2 299	2 172	2 187	2 201	-19,0	-8,9
Marokko	1 837	1 847	1 809	1 664	1 628	1 495	1 407	1 321	1 284	1 260	-31,4	-15,7
<b>Amerika</b>	836	811	824	818	703	690	632	571	582	595	-28,8	-13,8
Vereinigte Staaten	380	359	348	338	280	268	250	212	217	225	-40,8	-16,0
<b>Asien</b>	4 042	4 124	4 058	3 996	3 886	3 822	3 754	3 645	3 623	3 648	-9,7	-4,6
Afghanistan	658	663	651	621	630	615	626	627	612	604	-8,2	-1,8
Pakistan	714	717	727	719	715	689	647	626	591	576	-19,3	-16,4
<b>Ozeanien</b>	21	23	30	27	22	20	21	21	21	24	14,3	20,0
Australien	19	21	26	22	20	19	18	19	17	21	10,5	10,5
<b>Staatenlos</b>	313	301	268	224	155	148	104	83	72	70	-77,6	-52,7
<b>Ungeklärt / Ohne Angabe</b>	184	167	172	152	128	112	73	66	58	72	-60,9	-35,7
<b>Gesamt</b>	36 752	37 030	37 084	36 801	35 236	35 592	35 863	35 222	36 893	38 783	5,5	9,0

Quelle: Melderegister OF, Eigene Berechnung

Statistik und Wahlen

<sup>1</sup> mit Hauptwohnsitz <sup>2</sup> bis 2003 als Jugoslawien



**Zu- und Wegzüge in Offenbach im Zeitraum 2008 – 2011 nach Nationalitäten**

**Bulgaren (2011):** 12,5 % aller Zuzüge nach Offenbach - Steigerung seit 2008 um 133,9 %  
 10,3 % aller Wegzüge aus Offenbach - Steigerung seit 2008 um 231,8 %

**Rumänen (2011):** 12,2 % aller Zuzüge nach Offenbach - Steigerung seit 2008 um 142,6 %  
 9,6 % aller Wegzüge aus Offenbach - Steigerung seit 2008 um 154,7 %

**Zuzüge nach Nationalitäten 2008 - 2011**

Kontinent / Land	2008	2009	2010	2011	2008 in %	2009 in %	2010 in %	2011 in %	Veränd. seit 2008
<b>Europa</b>	<b>9 734</b>	<b>10 744</b>	<b>11 496</b>	<b>12 637</b>	<b>88,3</b>	<b>89,7</b>	<b>90,4</b>	<b>90,7</b>	<b>29,8</b>
darunter Deutschland	4 751	5 045	4 403	4 512	43,1	42,1	34,6	32,4	-5,0
Türkei	582	629	569	515	5,3	5,3	4,5	3,7	-11,5
Serbien und Montenegro	93	113	47	45	0,8	0,9	0,4	0,3	-51,6
Jugoslawien (Gesamtjugoslawien)	0	0	8	5	0,0	0,0	0,1	0,0	
Serbien (einschl. Kosovo)	69	30	19	8	0,6	0,3	0,1	0,1	-88,4
Montenegro	5	7	18	9	0,0	0,1	0,1	0,1	80,0
Kosovo	3	20	31	34	0,0	0,2	0,2	0,2	1033,3
Serbien	34	73	163	205	0,3	0,6	1,3	1,5	502,9
<b>EU-Länder</b>	<b>4 265</b>	<b>5 057</b>	<b>6 594</b>	<b>7 906</b>	<b>38,7</b>	<b>42,2</b>	<b>51,9</b>	<b>56,7</b>	<b>85,4</b>
Griechenland	226	268	468	684	2,1	2,2	3,7	4,9	202,7
Italien	235	299	274	310	2,1	2,5	2,2	2,2	31,9
Sonstige	788	932	1 093	1 425	7,2	7,8	8,6	10,2	80,8
<b>EU-Länder 2004</b>	<b>1 567</b>	<b>1 715</b>	<b>2 086</b>	<b>2 037</b>	<b>14,2</b>	<b>14,3</b>	<b>16,4</b>	<b>14,6</b>	<b>30,0</b>
Litauen	78	121	128	145	0,7	1,0	1,0	1,0	85,9
Lettland	7	45	126	110	0,1	0,4	1,0	0,8	1471,4
Polen	1 138	1 178	1 361	1 433	10,3	9,8	10,7	10,3	25,9
Ungarn	126	150	194	119	1,1	1,3	1,5	0,9	-5,6
Sonstige	218	221	277	230	2,0	1,8	2,2	1,7	5,5
<b>EU-Länder 2007</b>	<b>1 449</b>	<b>1 843</b>	<b>2 673</b>	<b>3 450</b>	<b>13,2</b>	<b>15,4</b>	<b>21,0</b>	<b>24,8</b>	<b>138,1</b>
Bulgarien	747	856	1 355	1 747	6,8	7,1	10,7	12,5	133,9
Rumänien	702	987	1 318	1 703	6,4	8,2	10,4	12,2	142,6
<b>Afrika</b>	<b>350</b>	<b>327</b>	<b>337</b>	<b>348</b>	<b>3,2</b>	<b>2,7</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,6</b>
Marokko	143	129	125	113	1,3	1,1	1,0	0,8	-21,0
<b>Amerika</b>	<b>156</b>	<b>167</b>	<b>172</b>	<b>155</b>	<b>1,4</b>	<b>1,4</b>	<b>1,4</b>	<b>1,1</b>	<b>-0,6</b>
Vereinigte Staaten	70	60	65	56	0,6	0,5	0,5	0,4	-20,0
<b>Asien</b>	<b>697</b>	<b>679</b>	<b>672</b>	<b>743</b>	<b>6,3</b>	<b>5,7</b>	<b>5,3</b>	<b>5,3</b>	<b>6,6</b>
Afghanistan	86	113	81	80	0,8	0,9	0,6	0,6	-7,0
Pakistan	65	71	73	64	0,6	0,6	0,6	0,5	-1,5
China	103	92	96	106	0,9	0,8	0,8	0,8	2,9
<b>Ozeanien</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-37,5</b>
Australien	6	6	.	3	0,1	0,1	.	0,0	-50,0
<b>Staatenlos</b>	<b>49</b>	<b>22</b>	<b>12</b>	<b>20</b>	<b>0,4</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>-59,2</b>
Ungeklärt / Ohne Angabe	24	33	21	28	0,2	0,3	0,2	0,2	16,7
<b>Gesamt</b>	<b>11 018</b>	<b>11 979</b>	<b>12 714</b>	<b>13 936</b>					<b>26,5</b>

**Wegzüge nach Nationalitäten 2008 - 2011**

Kontinent / Land	2008	2009	2010	2011	2008 in %	2009 in %	2010 in %	2011 in %	Veränd. seit 2008
<b>Europa</b>	<b>9 922</b>	<b>11 580</b>	<b>10 155</b>	<b>10 961</b>	<b>89,4</b>	<b>90,8</b>	<b>92,1</b>	<b>92,2</b>	<b>10,5</b>
darunter Deutschland	5 714	5 731	4 985	4 979	51,5	44,9	45,2	41,9	-12,9
Türkei	586	684	440	462	5,3	5,4	4,0	3,9	-21,2
Serbien und Montenegro	213	242	80	76	1,9	1,9	0,7	0,6	-64,3
Jugoslawien (Gesamtjugoslawien)	0	0	3	4	0,0	0,0	0,0	0,0	
Serbien (einschl. Kosovo)	56	16	8	14	0,5	0,1	0,1	0,1	-75,0
Montenegro	.	6	13	5	.	0,0	0,1	0,0	150,0
Kosovo	.	.	12	12	.	.	0,1	0,1	1100,0
Serbien	12	46	112	149	0,1	0,4	1,0	1,3	1141,7
<b>EU-Länder</b>	<b>3 536</b>	<b>5 256</b>	<b>4 767</b>	<b>5 470</b>	<b>31,9</b>	<b>41,2</b>	<b>43,2</b>	<b>46,0</b>	<b>54,7</b>
Griechenland	300	362	291	314	2,7	2,8	2,6	2,6	4,7
Italien	324	389	299	260	2,9	3,0	2,7	2,2	-19,8
Sonstige	923	1 164	908	868	8,3	9,1	8,2	7,3	-6,0
<b>EU-Länder 2004</b>	<b>1 168</b>	<b>1 804</b>	<b>1 380</b>	<b>1 651</b>	<b>10,5</b>	<b>14,1</b>	<b>12,5</b>	<b>13,9</b>	<b>41,4</b>
Litauen	70	105	80	97	0,6	0,8	0,7	0,8	38,6
Lettland	7	10	67	89	0,1	0,1	0,6	0,7	1171,4
Polen	854	1 172	919	1 130	7,7	9,2	8,3	9,5	32,3
Ungarn	72	201	123	127	0,6	1,6	1,1	1,1	76,4
Sonstige	165	316	191	208	1,5	2,5	1,7	1,7	26,1
<b>EU-Länder 2007</b>	<b>821</b>	<b>1 537</b>	<b>1 889</b>	<b>2 377</b>	<b>7,4</b>	<b>12,0</b>	<b>17,1</b>	<b>20,0</b>	<b>189,5</b>
Bulgarien	371	719	906	1 231	3,3	5,6	8,2	10,3	231,8
Rumänien	450	818	983	1 146	4,1	6,4	8,9	9,6	154,7
<b>Afrika</b>	<b>298</b>	<b>309</b>	<b>217</b>	<b>226</b>	<b>2,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,0</b>	<b>1,9</b>	<b>-24,2</b>
Marokko	126	135	99	81	1,1	1,1	0,9	0,7	-35,7
<b>Amerika</b>	<b>170</b>	<b>211</b>	<b>145</b>	<b>138</b>	<b>1,5</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>1,2</b>	<b>-18,8</b>
Vereinigte Staaten	77	96	58	55	0,7	0,8	0,5	0,5	-28,6
<b>Asien</b>	<b>576</b>	<b>592</b>	<b>467</b>	<b>528</b>	<b>5,2</b>	<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>4,4</b>	<b>-8,3</b>
Afghanistan	49	67	50	36	0,4	0,5	0,5	0,3	-26,5
Pakistan	46	52	52	38	0,4	0,4	0,5	0,3	-17,4
China	74	70	82	106	0,7	0,5	0,7	0,9	43,2
<b>Ozeanien</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-57,1</b>
Australien	7	5	3	0	0,1	0,0	0,0	0,0	-100,0
<b>Staatenlos</b>	<b>81</b>	<b>33</b>	<b>19</b>	<b>31</b>	<b>0,7</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>-61,7</b>
Ungeklärt / Ohne Angabe	46	27	20	7	0,4	0,2	0,2	0,1	-84,8
<b>Gesamt</b>	<b>11 100</b>	<b>12 759</b>	<b>11 027</b>	<b>11 894</b>					<b>7,2</b>

Quelle: Melderegister OF, Eigene Berechnung

Statistik und Wahlen

### Zuzüge nach statistischen Bezirken und Staatsangehörigkeiten im Jahr 2011

Bei den Zuzügen ist eine starke Konzentration von Bulgaren und Rumänen in den statistischen Bezirken Wilhelmschule und Mathildenschule, also der Innenstadt (auf der Landkarte mit 12 bzw. 16 gekennzeichnet), sowie in den Bezirken Messehalle und Ledermuseum (13 bzw. 15) zu erkennen.

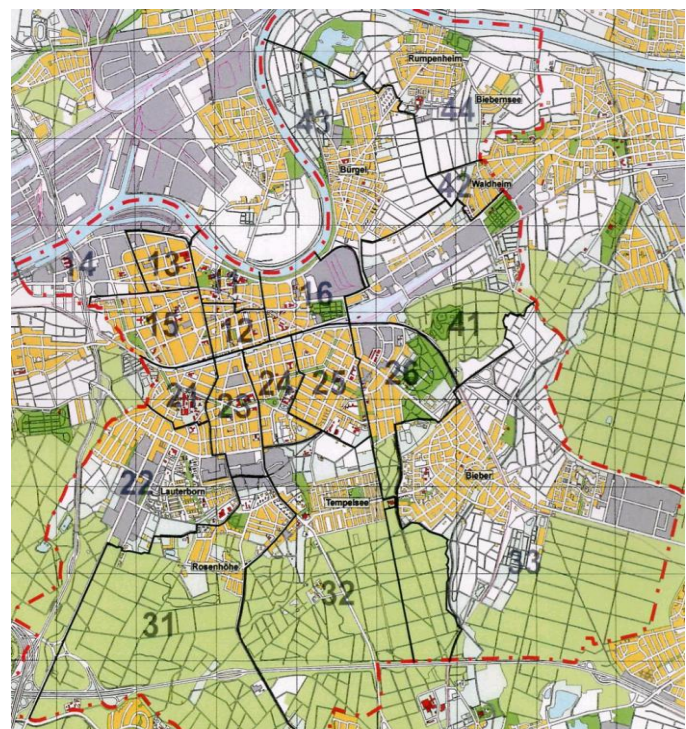
Zuzüge nach statistischen Bezirken und Staatsangehörigkeiten in % im Jahr 2011 <sup>1</sup>

Statistischer Bezirk	Deutschland	EU o. 2004 & 2007	Polen	EU 2004 o. Polen	Bulgarien	Rumänien	Türkei	restliche Nichtdeutsche	Gesamt
11 Hochschule f. Gestaltung	3,7	7,4	7,0	4,1	4,6	5,0	5,8	6,4	5,2
12 Wilhelmschule	8,2	13,4	7,7	12,4	22,2	14,7	8,5	10,7	11,8
13 Messehalle	9,4	12,6	11,9	12,2	12,5	14,3	11,5	9,7	11,2
14 Kaiserlei	2,0	3,9	1,4	2,7	1,7	2,1	2,3	3,6	2,4
15 Ledermuseum	9,5	8,8	7,3	9,7	14,2	11,6	8,9	9,7	10,1
16 Mathildenschule	7,5	19,4	18,6	14,8	14,4	10,7	12,0	12,7	12,3
21 Klinikum OF	5,5	2,4	3,3	3,7	4,1	4,3	5,6	4,8	4,5
22 Lauterborngeb.	7,4	4,4	5,0	6,4	4,5	3,9	7,8	6,9	6,0
23 Friedrichsweiher	6,8	7,2	6,9	4,9	5,0	10,6	5,0	6,0	6,8
24 Bachschule	6,0	4,7	4,7	3,3	2,2	2,1	5,0	3,3	4,2
25 Lichtenplatte	5,0	3,7	7,4	4,5	4,3	5,6	6,0	7,3	5,5
26 Bieberer Berg	2,1	1,1	0,6	1,2	1,3	0,6	1,2	1,7	1,4
31 Vorderw.-Rosenhöhe	3,3	1,3	3,2	3,3	1,2	1,3	4,1	2,8	2,5
32 Tempelsee	2,2	1,1	3,0	0,8	0,5	2,9	3,9	1,3	1,9
33 Bieber	10,0	4,1	6,8	10,3	1,3	6,3	6,6	8,2	7,1
41 Mühlheimer Str.	1,0	0,4	0,6	1,9	0,1	0,8	0,8	0,5	0,7
42 Waldheim	0,9	0,2	0,3	0,0	0,0	0,4	0,2	0,2	0,4
43 Bürgel	6,0	3,0	3,3	2,9	5,6	2,3	4,1	3,2	4,3
44 Rumpenheim	3,4	0,8	1,2	0,8	0,4	0,4	0,6	1,0	1,6

Quelle: Melderegister OF, Eigene Berechnung

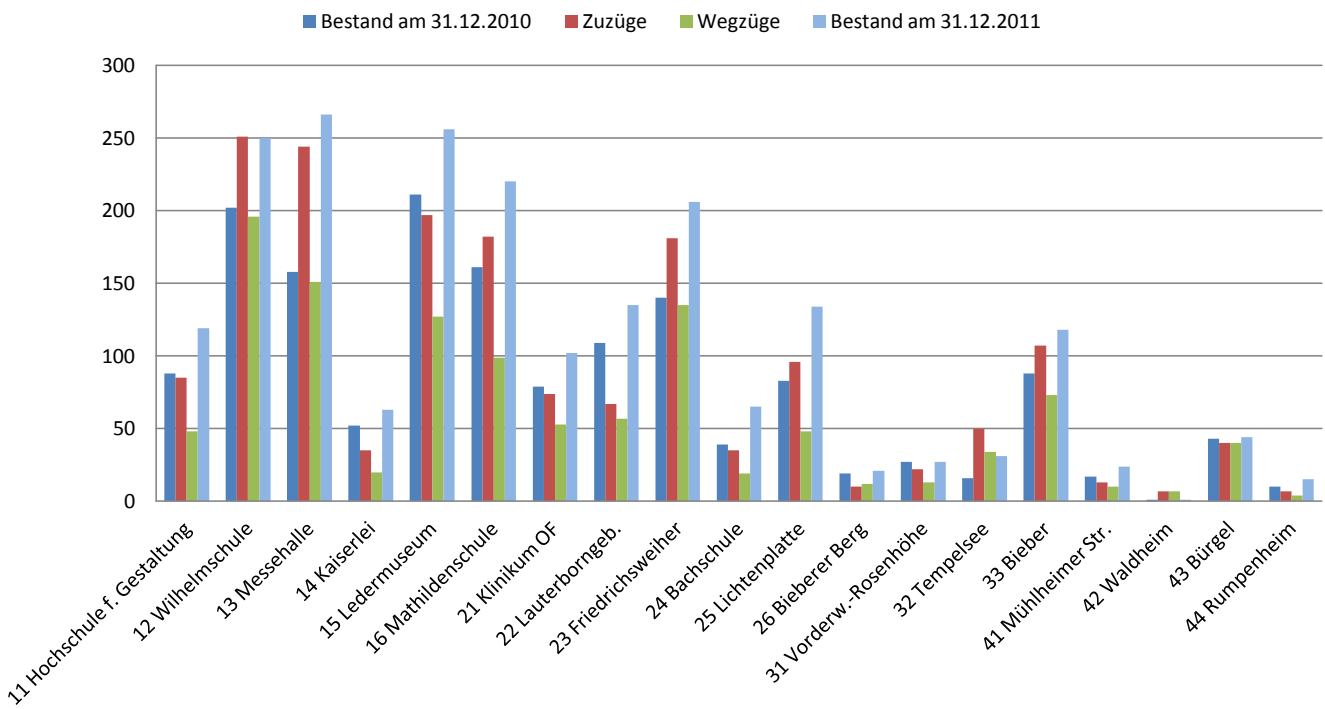
Statistik und Wahlen

<sup>1</sup> mit Hauptwohnsitz



**Bestandentwicklung von Rumänen in Offenbach im Zeitraum 2010 – 2011 nach statistischen Bezirken**  
 (entspricht der vorigen Folien)

**Rumänen in Offenbach 2011**

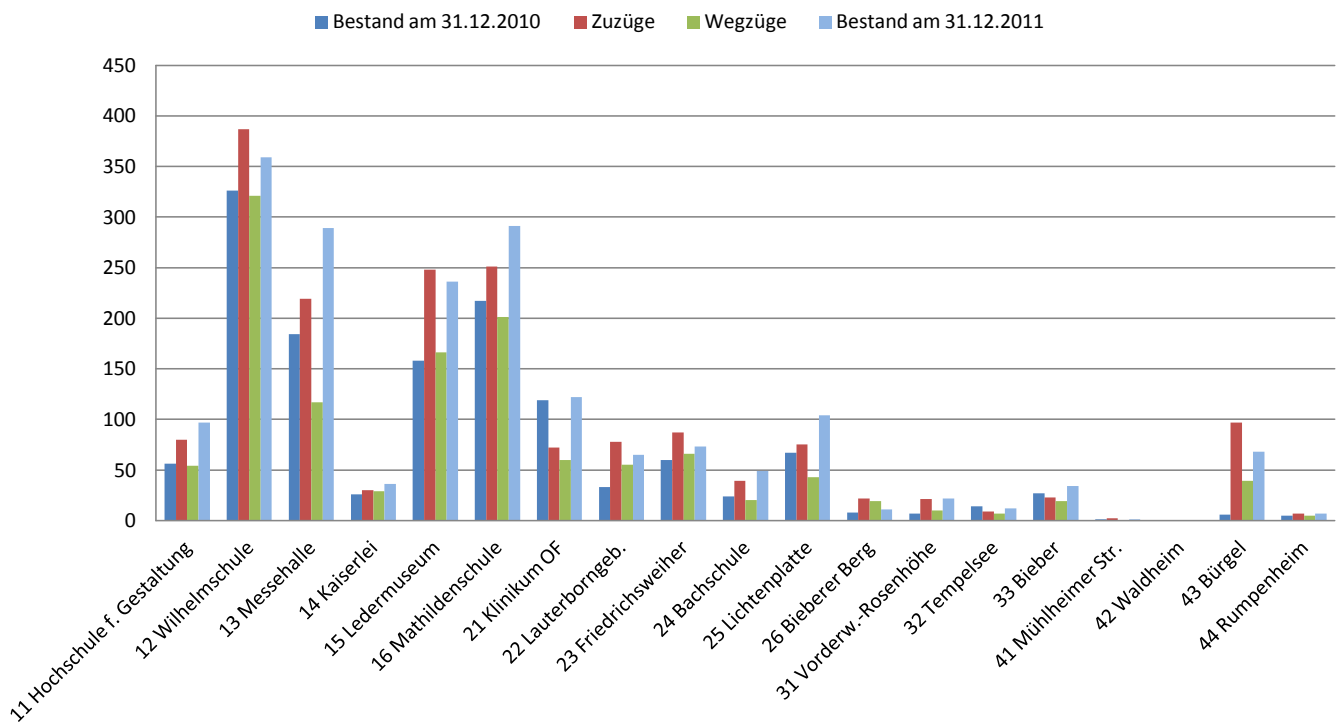


Quelle: Melderegister OF, Eigene Berechnung

Statistik und Wahlen

**Bestandentwicklung von Bulgaren in Offenbach im Zeitraum 2010 – 2011 nach statistischen Bezirken**  
(entspricht der vorigen Folien)

**Bulgaren in Offenbach 2011**



Quelle: Melderegister OF, Eigene Berechnung

Statistik und Wahlen

## Teil II

### Diskussion und Erfahrungsaustausch

Im Tagesordnungspunkt „Diskussion“ und „Erfahrungsaustausch“ wurden verschiedene Aspekte von Problemlagen bearbeitet. Innerhalb des sozialen Bereichs wurden neben den bildungsrelevanten Themen auch Probleme bezüglich der Gesundheit und Wohnung behandelt. Probleme im Bereich der Arbeit, Kriminalität und Rechtsordnung, sowie im Alltag kamen ebenso zum Ausdruck.

In der Diskussion wird auf die Signifikanz der Sprache aufmerksam gemacht. Der überwiegende Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist sich einig, dass Sprachbarrieren die größte Problematik darstellen. Hindernisse für den Besuch der Deutschkurse sind vor allem die hohen Kosten vor allem für Erwachsene und Jugendliche, wenn keine Schulpflicht mehr besteht. Erschwerend kommt hinzu, dass Jugendliche, welche nicht mehr unter die Schulpflicht fallen, hinsichtlich der schulischen Förderung keine Hilfeleistung bekommen. Neben der Kostenproblematik, haben viele Zuwanderer das Problem, dass Sprachkurse und Schulplätze oft lange Wartezeiten mit sich bringen. Auch im Zusammenhang mit Personen, die an Kursen teilnehmen gibt es Probleme, denn die regelmäßige Teilnahme in Deutschkursen fällt vielen Kursteilnehmern aufgrund der flexiblen Arbeitszeiten oder der Schichtarbeit schwer. Menschen mit passenden Sprachkenntnissen, die für die geschilderte Problematik sensibilisiert sind, werden in bildungsrelevanten Institutionen als direkte Akteure gebraucht.

Seitens der staatlichen Bildungseinrichtungen wird deutlich dargestellt, dass die Kapazitäten in Grundschulen und weiterführenden Schulen erschöpft sind und zusätzliche Kurse und Klassen eingerichtet werden müssen. Daher entsteht auch das Verteilungsproblem, welches bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler mit Bussen in andere Schulen, außerhalb der Innenstadt gefahren werden müssen. In Schulräumen fehlen oft Stühle und Tische, zudem werden Werkräume teilweise zweckentfremdet benutzt. Die Tatsachen folgern, dass Zusatzkosten für Räume und Transportmittel entstehen.



Die Integration von Neuzuzüglern ist auch pädagogisch eine Herausforderung für Schulen und Erziehungskräfte.

Vielen Menschen fehlen oft muttersprachliche Informationen über den Zugang zu Schulplätzen, sie verbinden mit der Anmeldung im Bürgerbüro eine automatische Vergabe eines Schulplatzes und unternehmen aus diesem Grund nichts weiter. Außerdem erwarten sie oft einen Schulbesuch bis 18 Jahren, so kennen es viele aus ihren Heimatländern.

Auch im Blick auf Wohnungsverhältnisse gibt es große Probleme. Die neuen Zuwanderer leben in zu stark belegten und überbelegten Wohnungen, meistens acht bis 10 Leute in eins oder zwei Zimmer Wohnungen.

Aus Sicht der Verantwortlichen der Sicherheit und Ordnung wird außerdem dargestellt, dass es häufig Beschwerden über Müll in Mietshäusern gibt und dass der Briefverkehr nicht richtig funktioniert, da sehr viele Namen auf dem Briefkasten stehen. Außerdem wurden in einigen Schulen in der Innenstadt festgestellt, dass die Schulhöfe abends verstärkt benutzt und mit leichtem Vandalismus und viel Schmutz hinterlassen werden.



Die desolante soziale, persönliche und wirtschaftliche Situation der neuen Zuwanderungsgruppe bringt materielle Not und Gesundheitsprobleme mit sich. Die Problematik im Gesundheitsbereich erschwert sich durch die Tatsache, dass viele Menschen nicht krankenversichert sind. Die Krankenversorgung weist sich als problematisch auf, da die städtische Gesundheitsprechstunde nur eine Beratung, aber keine Behandlung beinhaltet. Ungeklärt ist daher, wie mit den Nichtversicherten umgegangen werden und insbesondere wer hier die Kosten übernehmen soll.



Seitens der Institutionen für ordnungs- und sicherheitsrelevanten Fragen steigt die Anzahl der Tatverdächtigen. Im Jahre 2011 belegten Rumänen den zweiten und Bulgaren den dritten Platz nach türkischen Staatsangehörigen. Auffällig ist zudem, dass der Anteil der Tatverdächtigen mit türkischer Nationalität in etwa deren Anteil an der Meldebevölkerung entspricht, Bulgaren und Rumänen werden nach der dargestellten Statistik aber viel häufiger tatverdächtig als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Die Frage nach dem Anteil der hier lebenden, aber nicht hier gemeldeten, ist kaum zu beantworten. Speziell zwischen Januar und September 2012 konnte ein teils drastischer Anstieg der tatverdächtigen Bulgaren und Rumänen, vor allem im Bereich der Innenstadt, gegenüber dem Vorjahreszeitraum festgestellt werden.

Genauso wie die hohe Kriminalitätsrate ist auch der Anteil der Opfer relevant für diese Bevölkerungsgruppe. Vor allem in Bezug auf Wohn- und die Beschäftigungsverhältnisse sind Menschen Opfer organisierter Kriminalität. Auch Kinder werden zu Opfern, indem sie in Diebstähle verwickelt werden.

Es scheint ein gesteuertes System zu geben, das die Zuwanderung der Menschen aus ihren Heimatländern nach Deutschland organisiert. Nach der Einreise in Deutschland werden sie von einer Hilfsperson in Empfang genommen, welcher sie bei der Anmeldung von Wohnort und Gewerbe begleitet. Er hilft beim Beantragen eines Bankkontos und weist dem Neuankömmling einen Wohn- und Arbeitsplatz zu. Anfangs kamen nur die Männer, mittlerweile werden Familien nachgeholt. Die Tatsache, dass oftmals die gleichen Begleiter bzw. „Dolmetscher“ bei Anmeldungen anwesend sind, bekräftigt den Verdacht auf eine organisierte Kriminalität. Die Zuwanderer werden dadurch als Scheinselbstständige ausgebeutet.

Im Arbeitsbereich gilt die Scheinselbstständigkeit als die größte Problematik. Viele Menschen melden, ohne Grundkenntnisse über den deutschen Arbeitsmarkt, ein Gewerbe an, um ihren legalen Status zu sichern.

Eine weitere Schwierigkeit für die neuen Zuwanderer ergibt sich aus dem Sachverhalt, dass sie keinen Anspruch auf Leistungen des SGB II haben, weil sich ihr Aufenthaltsrecht allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt. Andere haben keinen Anspruch, da es sich häufig, wie oben erläutert, um eine Scheinselbstständigkeit handelt. Die Tatsache, dass viele Betriebe keine Verdienst- oder Umsatzbescheinigungen geben, impliziert, dass diese Unterlagen für die Beantragung der Leistungen nach SGB II fehlen. Der Ermittlungsdienst prüft mit Prägnanz die Wohn- und die allgemeinen Lebensumstände. Um ergänzende Hilfen zum Lebensunterhalt zu beantragen, müssen Selbstständige zumindest auch einen Gewinn machen.

### **Rumänisch-Orthodoxe Kirchengemeinde e.V. Offenbach**

ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und beschäftigt sich mit der Integration von neuen Zuwanderern aus Rumänien, darunter mit präventiven Maßnahmen, seit etwa 35 Jahren.

Als eine christliche Gemeinde entwickelt sie nicht nur kirchliche sondern auch soziale Aktivitäten, macht Kinder-, Jugend und Seniorenarbeit, soziale Beratung für Familien, und seit 2010 mit Unterstützung der MRI zwei Projekte: Einen Deutschkurs mit Orientierung, und Patenschaften zur Stärkung der Eigeninitiative zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Durch die starke Fluktuation der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, erhöht sich der Zeit- und Leistungsdruck bei der sozialen Arbeit, beispielsweise bei Migrationsberatungsstellen. Die Menschen kommen häufig nicht mit einem, sondern mit mehreren Problemen, so dass komplexe Situationen und schwierige Fälle bei sinkenden Mitteln und mangelnder personeller Ausstattung bearbeitet werden müssen. Die Qualifizierung und der Einsatz von ehrenamtlichen *Integrationslotsen* mit Muttersprache Rumänisch und Bulgarisch

erweisen sich in der Praxis als eine - zumindest auf

begrenzte Zeit- entgegen wirkende Lösung zu diesem Teilproblem. Die zwei Rumänischen Gemeinden in Offenbach verfügen über aufgewachsene Selbsthilfestrukturen und sind mit drei Projekten an der Problemlösung beteiligt<sup>2</sup>. An der Gründung von ähnlichen Strukturen für Zuwanderer aus Bulgarien arbeiten zurzeit Stadt und Migrationsberatungsdiensten zusammen.

### **CROM-Rumänische Gemeinde im Rhein-Main-Gebiet e.V.**

ist ein eingetragener Verein, der mit Unterstützung der MRI eine Beratungsstelle für rumänische Bürger eingerichtet hat und einmal in der Woche Beratung und Orientierung auf Rumänisch gibt.

RUMÄNISCHE GEMEINDE im RHEIN - MAIN GEBIET e.V.  
**CROM** COMUNITATEA ROMÂNILOR din RHIN - MAIN

[www.crom-de.de](http://www.crom-de.de)



AMT FÜR ARBEITSFÖRDERUNG, STATISTIK UND INTEGRATION



**„Orientierungshilfe in der rumänischen Sprache“, eine Maßnahme in Kooperation mit der Stadt Offenbach im Rahmen der Modellregion Integration**

**Beratungsstelle für rumänische Bürger, Stadtteilbüro Nordend, Bernardstrasse 63, 63067 Offenbach**

**Programm: Dienstags von 18.00 bis 20.00 h**

**Telefonische Terminabsprache : 0170-6032283**

<sup>2</sup> Die Maßnahmen werden im Rahmen der *Modellregion Integration* durchgeführt:

Rumänisch Orthodoxe Kirchengemeinde St. Nikolaus e.V.:

1. Projekt „Niederschwellige Deutsch- und Integrationskurse für neue Arbeitsmigranten aus Rumänien“
2. Projekt „Patenschaft für die Stärkung der Eigeninitiative bei selbständigen Arbeitern rumänischer Herkunft“

CROM, Rumänische Kulturgemeinde im Rhein-Main-Gebiet e.V.

3. Projekt „Orientierungshilfe und Beratung für rumänische Bürger zur Integration in die deutsche Gesellschaft“

Die Qualität und der Umfang des Beitrags von sozialen Institutionen zur Integration von neuen Zuwanderern oder zur Lösung von vielen kritischen Situationen, hängen allerdings stark von der Haltung der deutschen Behörden ab, die manchmal mit einer restriktiven Sicht auf die Problematik schauen oder eine von Vorurteilen geprägte Grundhaltung aufzeigen.

Zudem sind überörtliche Diskussionen wichtig. Diese müssen gefördert werden, um aus dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch oder aus der gemeinsamen Zusammenarbeit zu profitieren. Die Modellregion Integration steht in diesem Zusammenhang in der Rhein – Main – Region als ein unumgänglicher wichtiger Akteur, der die Bereitschaft für eine nicht örtlich begrenzte Zusammenarbeit mit anderen Partnern aufzeigt und Unterstützung bei der Förderung von Projektanträgen zusagt.

### **Teil III**

#### **Arbeitsgruppen mit abschließender Diskussion im Plenum**

Die Probleme wurden im dritten Teil des Workshops, unter Bildung von zwei Arbeitsgruppen, diskutiert und Lösungsvorschläge wurden ausgearbeitet. Die erste Arbeitsgruppe behandelte die Themen Bildung und Soziales, die zweite Gruppe den Themenkomplex „Arbeit, Sicherheit und Rechtsordnung“, welche im folgenden Abschnitt zusammengefasst dargestellt sind.

Da die Einwanderungsgruppen in der Regel nicht homogen sind, sondern einen unterschiedlichen Bildungs- und Sozialstatus haben und somit nicht mit früheren Einwanderungswellen verglichen werden können, ist es auch nicht einfach einen einheitlichen Bedarf abzuleiten.

Im Allgemeinen waren sich die Arbeitsgruppen bezüglich einer engen Vernetzung zwischen formellen und informellen Institutionen bzw. Einrichtungen übereinstimmend gewesen. Sowohl staatliche als auch nicht staatliche Organisationen sollten sich bemühen in eine enge Zusammenarbeit einzugehen, um gemeinsam der kommunalen Herausforderung gerecht zu werden.

#### **Arbeitsgruppe 1 Bildung und Soziales**

Die Entwicklung eines gemeinsamen Informationsflyers mit den wichtigsten Informationen „auf einen Blick“, der auch für diejenigen hilfreich ist, die Zugewanderten unterstützen wollen, war ein erster Lösungsvorschlag, der ausführlich und detailliert besprochen wurde.

Der Handzettel sollte in den Herkunftssprachen Rumänisch und Bulgarisch entwickelt werden und folgende Kriterien bzw. Inhaltspunkte enthalten: Informationen zu den Offenbacher Kitas, Berufsvorbereitungsmaßnahmen, Schulpflicht sowie Informationen zum allgemeinen Stellenwert der Schule und Bildung. Auch wichtige Adressen von Ämtern und Institutionen, mit denen die Zuwanderer in ersten Kontakt treten müssen, dürfen nicht fehlen. Dabei ist wichtig, dass direkte Ansprechpersonen, am besten Personen mit den jeweiligen Sprachkenntnissen, mit Name und Telefonnummer angegeben sind. Ein essentieller Bestandteil des Informationsblatts ist außerdem die Angabe von Kontaktdaten der Migrationsberatungsstellen und Migrantenselbstorganisationen mit integrativer Arbeit und der Hinweis auf fremdsprachige Sprechstunden in den Beratungsstellen. Der Flyer sollte für unterschiedliche Zielgruppen gestaltet werden und in unterschiedlichen Einrichtungen, wie Schulen, Bürgerbüro etc. zur Verfügung stehen.

Im Bereich der Schule ist es wichtig, dass zugewanderte Eltern über die Anmeldung zur Grundschule informiert werden. Ansprechpartner sind hier die einzelnen Grundschulen, eine Beratung ist auch im Stadtschulamt möglich. Für die Anmeldung zur Sekundarstufe I gibt es im



Staatlichen Schulamt eine eigene Aufnahmestelle. Dazu sollten die jeweiligen Stichtage bekannt sein.

Pädagogische Fachkräfte, die Rumänisch und Bulgarisch sprechen, könnten die Integration von Neuzuzüglern unterstützen. Auch in Gemeinden könnten Kinder und Eltern durch Sprachunterricht erreicht werden, indem neben dem Unterrichtsstoff auch soziale Normen und Alltagswissen über das Leben in Deutschland vermittelt wird.

Im sprachlichen Bereich ist es wesentlich, dass die Finanzierung von Kursen ausgeglichen werden kann. Diesbezüglich wäre es sinnvoll, Deutschkurse kostenlos anzubieten oder zumindest auf niederschwellige Sprachkurse in den Schulen für Mütter aufmerksam machen. Eine Finanzierungsmöglichkeit ist ebenso durch Projektanträge an staatliche Institutionen oder an das Integrationsministerium möglich.



Da es in vielen Bereichen an Übersetzungskraft mangelt, ist ein Dolmetscherpool speziell für die Sprachen Bulgarisch und Rumänisch von großer Bedeutung. In diesem Punkt ist die Zusammenarbeit mit MSO, Studenten mit passenden Sprachkenntnissen und anderen sozialen Akteuren sinnvoll. Fremdsprachige Sprechstunden bei den Migrationsberatungsstellen ist eine weitere mögliche Problemlösungsstrategie.

Zur Beseitigung der Gesundheitsproblematik ist die Gründung eines Arbeitskreises der kommunalen Institutionen zum Thema Krankenschutz vorstellbar.

Die fehlende Selbstvertretung der Interessen von Bulgaren ist nicht vorhanden, was die institutionelle Anbindung erschwert. Dies könnte gefördert werden beispielsweise durch die Gründung zu Beginn einer „Freundschaftsgruppe“ mit Blick auf die Stabilisierung ihrer Aktivität in einem Verein. Es gibt bereits Personen aus diesem Kulturkreis, die gerne als Multiplikatorinnen weiterhelfen möchten. Ausgehend von ihnen könnte die Entwicklung einer Selbsthilfegruppe vorangetrieben werden. Auch der Integrationsbeauftragte kann eine Brückenfunktion zwischen den Zuwanderern und der Stadt übernehmen.

## **Arbeitsgruppe 2 Arbeit, Sicherheit, Rechtsordnung**

Behörden, die für die Sicherheit und Ordnung zuständig sind, beispielsweise die Polizei, werden manchmal aufgrund der Erfahrungen der Zuwanderer in den Heimatländern als nicht demokratisch gesehen, daher als „Feind“ aufgefasst und folglich als Anlaufstelle gemieden. Normalerweise machen die Menschen in Offenbach die ersten Erfahrungen mit der Polizei in der Grundschule oder weiterführenden Schule durch Unterrichtsbesuche der Sicherheitshüter und bekommen signalisiert, dass Sicherheitsbehörden als Ansprechpartner agieren können. Wenn bulgarische und rumänische Kinder erst im späten Alter in Kontakt mit den Behörden kommen, sind sie meistens schon negativ vorgeprägt. Die Darstellung einer demokratischen Polizei durch eine zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit ist ein möglicher Vorschlag um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen und so gemeinsam gegen Kriminalität voranzugehen.

Um das Problem der Scheinselbstständigkeit zu lösen, wurde der Vorschlag erläutert, dass bei der Gewerbeanmeldung ein Informationsschreiben in der Landessprache verteilt werden kann.

Ein weiterer Lösungsvorschlag für die Problematik dieser Arbeitsgruppe ist ebenso die Erstellung einer Broschüre in der Heimatsprache, die Informationen bezüglich arbeitsrelevanter Fragen und Ansprechpartner beinhalten soll. Informationen durch Powerpoint-Präsentationen oder Videos, die an bestimmten Wartebereichen des Bürgerbüros oder des Gewerbeamts, Tankstellen, Flughafen gezeigt werden und Streetwork mit persönlicher Ansprache gehören zu weiteren lösungsstrategischen Maßnahmen.



Eine sinnvolle Handlungsmöglichkeit um gezielt gegen das Schleppertum, Scheingewerbe oder gegen die Scheinselbstständigkeit voranzugehen, wären eigene Dolmetscher bzw. eigene Sprechtage mit fremdsprachlichem Personal oder spezialisierten Sacharbeitern in unterschiedlichen staatlichen Institutionen und Ämtern.

## Schlusswort

Durch den intensiven Austausch in den Arbeitsgruppen gab es viele Anregungen und Informationen für die unterschiedlichen staatlichen und nicht staatlichen Institutionen und Organisationen. Viele Fragen, aber auch Ideen wurden mitgenommen, die durch Ausprobieren verwirklicht werden können. Das Land versucht die Verantwortung auf überörtlicher Ebene im Rahmen der Modellregion Integration zu übernehmen.

Offen bleibt die Frage, wie sich die gesellschaftlichen Strukturen im Jahr 2014 weiterentwickeln werden. In den Schlussworten wurde ein besonderer Akzent auf die Signifikanz der nationalen und europäischen Ebene gelegt. „Das Problem wird entweder auf nationaler- oder EU-Ebene gelöst oder es wird ungelöst bleiben“, so der Amtsleiter für Arbeitsförderung, Statistik und Integration.







Auf kommunaler Ebene gab es seitens des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa ein Lob an Offenbach aufgrund des hohen Grades an Vernetzung und ehrenamtlicher Arbeit.


# Anlage

## PowerPoint Präsentation

„Handlungskonzept für nachhaltige strukturelle Lösungsstrategien: Interkommunale Entwicklung eines Handlungsrahmens Zuwanderung aus Südosteuropa“

Christiane Certa, Sozialplanerin der Stadt Dortmund

 <p>„Neue Zuwanderung aus Südosteuropa – Herausforderung für die Kommunen“</p> <p><b>Handlungskonzept für nachhaltige strukturelle Lösungsstrategien: Interkommunale Entwicklung eines Handlungsrahmens Zuwanderung aus Südosteuropa</b></p> <p>4. Workshop der Modellregion Integration Offenbach am 16. November 2012</p>	 <p><b>Ausgangslage</b></p> <p><b>Wachsende Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Dortmund seit der EU-Erweiterung</b></p> <table border="1"><thead><tr><th>Dortmund</th><th>Innenstadt-Nord</th></tr></thead><tbody><tr><td>2006: 573</td><td>2006: 95</td></tr><tr><td>2008: 1.605</td><td>2008: 805</td></tr><tr><td>2010: 2.260</td><td>2010: 1.186</td></tr><tr><td>03/2012: 2.706</td><td>03/2012: 1.486</td></tr><tr><td>09/2012: 3.149</td><td>09/2012: 1.740</td></tr></tbody></table> <p>↓</p> <p>fünffache Erhöhung</p> <p>↓</p> <p>achtzehnfache Erhöhung*</p> <p><small>*in einigen Quartieren deutlich höher</small></p>	Dortmund	Innenstadt-Nord	2006: 573	2006: 95	2008: 1.605	2008: 805	2010: 2.260	2010: 1.186	03/2012: 2.706	03/2012: 1.486	09/2012: 3.149	09/2012: 1.740
Dortmund	Innenstadt-Nord												
2006: 573	2006: 95												
2008: 1.605	2008: 805												
2010: 2.260	2010: 1.186												
03/2012: 2.706	03/2012: 1.486												
09/2012: 3.149	09/2012: 1.740												
 <p><b>Ausgangslage</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>2008/2009 Erste Hinweise auf Neu-Zuwanderung durch Prostituiertenhilfen und Jugendhilfe</li><li>Hinweise aus einigen Nordstadt-Quartieren</li><li>Anpassung der Hilfeangebote (Prostituiertenhilfen, Schul-Projekt, niedrigschwellige aufsuchende Arbeit,...)</li><li>Aber: Hilfeseite, Polizei und Ordnungsseite stoßen an Grenzen</li></ul>	 <p><b>Erste örtliche Ansätze</b></p> <p><b>Fazit:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>es fehlt Wissen über die Menschen und alternative Lösungsansätze</li><li>die Arbeit muss besser verzahnt und gesteuert werden</li></ul> <p>↓</p> <ul style="list-style-type: none"><li><b>Gründung des örtlichen „Netzwerk EU-Zuwanderung“</b></li><li><b>Neustrukturierung der „Dortmunder Sicherheitskonferenz“</b></li></ul>												
 <p><b>I. Optimierung der örtlichen Hilfeangebote: Netzwerk EU-Zuwanderung</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li><b>Anfang 2010 gegründet</b></li><li>Mitglieder:<ul style="list-style-type: none"><li>→ Beratungsstelle Kober und Mitternachtsmission</li><li>→ Diakonische Werk und Integrationsagentur der Caritas</li><li>→ Multikulturelles Zentrum</li><li>→ Soziales Zentrum Westhoffstraße</li><li>→ Stadt Dortmund (Sozialdezernat, Planungsamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Migrations- und Integrationsagentur, Ordnungsamt, RAA)</li></ul></li><li>Geschäftsführung: Diakonie, Caritas, Sozialdezernat</li><li>Austausch und Vernetzung, Professionalisierung der Arbeit und Optimierung der Angebote</li></ul>	 <p><b>II. Optimierung der örtlichen Steuerung: Dortmunder Sicherheitskonferenz</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>tagt seit den 1990er Jahren ca. viermal jährlich</li><li>Mitglieder:<ul style="list-style-type: none"><li>→ Polizei, Staatsanwaltschaft, Wohlfahrtsverbände, Prostituiertenberatung, Aidshilfe, Stadt Dortmund (Ordnung, Soziales, Gesundheit, Jugend, Wirtschaft)</li></ul></li><li>Geschäftsführung: Sozial- u. Ordnungsdezernat im Wechsel</li><li>Ordnungsthemen oder solche, die es werden können</li></ul> <p><b>Anfang 2011 erweitert um:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>AG-Ebene (Immobilien, Prostitution, Kinder, Statistik, Melde- und Gewerberecht, Sucht, EU-Zuzug)</li><li>Öffentlichkeitsebene (Stadtbezirksdialog)</li></ul>												


**Erster überörtlicher Ansatz** 

**Fazit:**

- Örtliche Vernetzung und Steuerung wichtig, aber nicht ausreichend
- Folgen der Zuwanderung können mit örtlichen Ressourcen nicht gelöst werden

↓

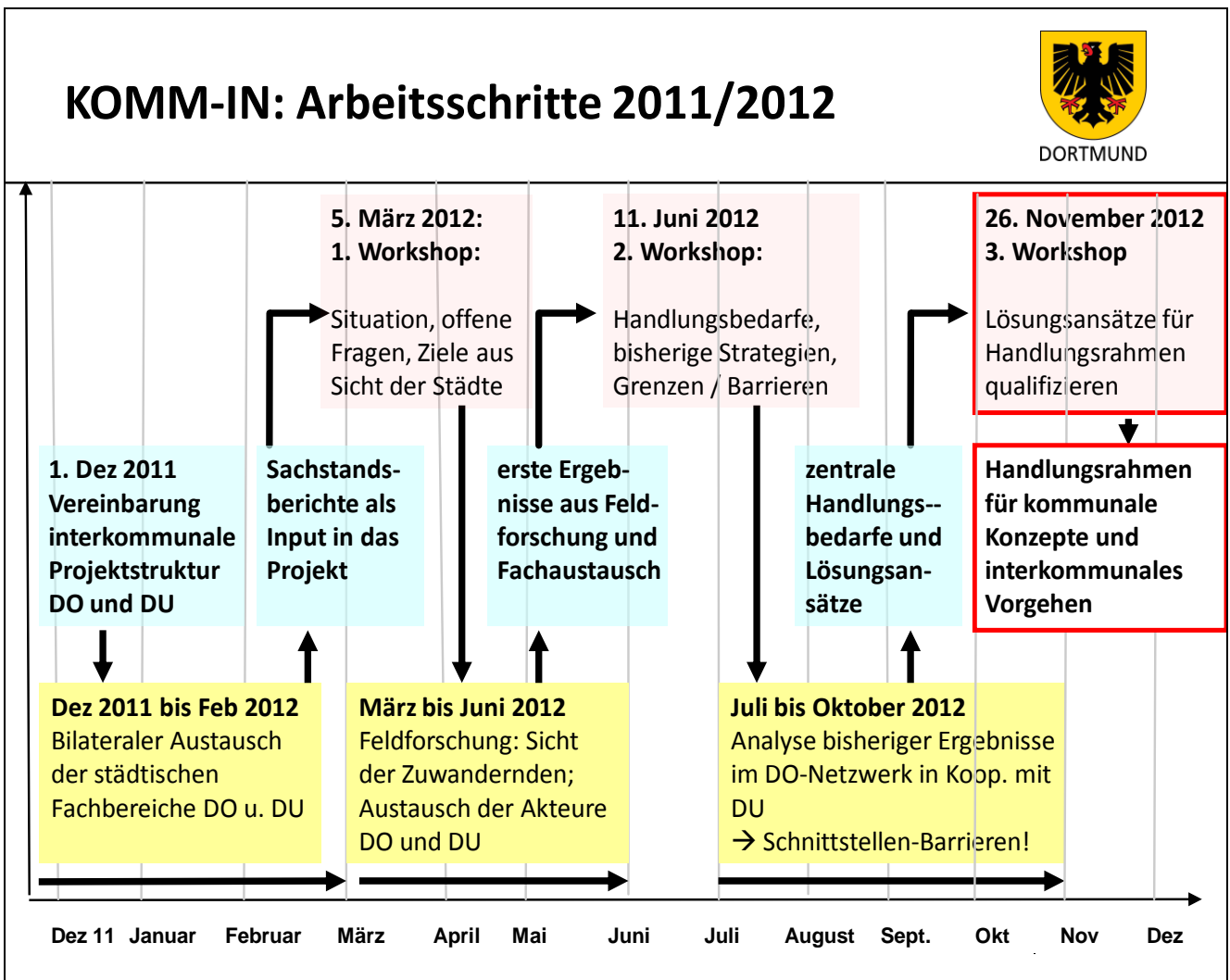
- **Strategischer Planungsprozess, der über die örtliche Ebene hinausgeht**


**III. Strategischer, überörtlicher Ansatz: KOMM-IN NRW 2011** 

Fachaustausch mit Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW (MAIS), Ergebnis:

→ **Projekt „Interkommunaler Handlungsrahmen Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und Bürgern aus Südosteuropa“**

**Ziel:**  
Handlungsrahmen für praktisch umsetzbare, nachhaltige Lösungsansätze! Keine akademische Diskussion!




**KOMM-IN: Effekte** 

**Was brachte nicht die gewünschten Effekte?**

**Wissenschaftliche Begleitung**


- verfolgt Settlement-Ansatz am Beispiel von Toronto
- Lässt fiskalische und rechtliche Rahmenbedingungen außen vor

**Interessanter akademischer Ansatz – auch wissenschaftlicher Rahmen für lösungsorientierte und in der Praxis umsetzbare Konzepte?**

**KOMM-IN: Effekte** 


**Wie haben wir umgesteuert?**

- örtliche Vernetzung noch weiter intensiviert
- Überörtliche Vernetzung ausgebaut
- Arbeitsphase zwischen 2. und 3. KOMM-IN-Workshop mit drei internen Workshops:  
An welche Grenzen stoßen wir? - Strukturelle Barrieren herausarbeiten!

**Lösungsansatz 1** 


**Ein System aus aufsuchender Arbeit und Orientierungsstelle muss frühe Zugänge und die Entwicklung von Perspektiven gewährleisten!**

- Zuwander/innen suchen offizielle Hilfeangebote erst in akuten Notsituationen auf („Notfallpatient/innen“)
- Parallel-Strukturen greifen!
- Lösungsansatz: vernetzte und qualifizierte aufsuchende Arbeit, Integrationsverträge

**Lösungsansatz 2** 


**Qualifizierung und arbeitsmarktliche Orientierung und weitere innovative Strukturen müssen ein eigenfinanziertes Einkommen aus Erwerbsarbeit ermöglichen!**

- Basis für die Lebensunterhalt ist auskömmliches Einkommen aus Erwerbsarbeit – oft rechtlich oder faktisch nicht möglich
- SGB XII droht Ausfallbürge zu werden (2014!)
- Lösungsansatz: örtlicher Akteure, BA, Land und Bund entwickeln gemeinsam Perspektiven für eigenfinanzierte Einkommenssicherung

**Lösungsansatz 3** 

**Die Rechte der Kinder müssen gestärkt werden – auch in den Herkunftsländern! Dazu braucht es Bewusstsein, Verantwortung und verlässliche Vereinbarungen!**

- Kinder leben z.T. in prekärsten Verhältnissen (Wohnverhältnisse, Familienstrukturen, Bildungsvoraussetzungen, ...)
- Gefahr, in kriminelle Strukturen eingebunden zu sein
- Lösungsansatz: sensibilisierende Fortbildung für Akteure (auch Polizei, Richter...); mobile Beratung/Begleitung, Integrationsverträge – Familien brauchen finanzielle Perspektiven!

**Lösungsansatz 4** 

**Eine Wohnungsnotfallstrategie ermöglicht Zugänge zum Wohnungsmarkt und wirkt gleichermaßen als Strategie gegen vorhandene Ausbeutungsstrukturen!**

- Hinweise, dass Wanderungsgeschehen und Zugang zu Wohnungen gesteuert sind
- Zugewanderte leben oft in prekärsten Wohnverhältnissen in sozial belasteten Quartieren; finden keinen Zugang in „normale“ Mietverhältnisse
- Lösungsansatz: „Mietfähigkeit“ herstellen, Vermieterstrukturen schaffen, Akteure der Hilfestrukturen aktiv beteiligen

### Lösungsansatz A



Die EU-Zuwanderung darf nicht allein Sache der Städte sein – es braucht eine verlässliche Verantwortungsgemeinschaft aller Akteure!

- neue Zuwanderung wurde auf EU-Ebene entschieden, spielt sich aber de facto in Städten ab
- örtliche Akteure brauchen gute Rahmenbedingungen, dafür sind alle Ebenen zuständig
- Lösungsansatz: Initiative der Städte Richtung Bund (DST)

### Lösungsansatz B



Es bedarf eines gut vernetzten Systems zentraler Clearingstellen!

- unübersichtliches Handlungsfeld: offene Verfahrensfragen, unterschiedliche Sach- und Fachkenntnisse
- Clearingstellen gewährleisten Klärung und Wissenstransfer
- Lösungsansatz: zentrale Clearingstelle auf Bundesebene, flankiert von CS-Netzwerk auf Landes- und kommunaler Ebene, Fachstellen in Herkunftsländern, Ansprechpartnern in Institutionen

### Lösungsansatz C



Die Versorgung der Menschen muss bis zur Schaffung langfristiger Lösungen über Fondslösungen (vgl. Gesundheitsschutz) finanziell abgesichert sein!

- Großteil der EU-2-Zuwanderer/innen de facto nicht krankenversichert
- Örtlich verfügbare Ressourcen ausgeschöpft
- Lösungsansatz: Basis-Versorgung über Bundes-Fonds absichern

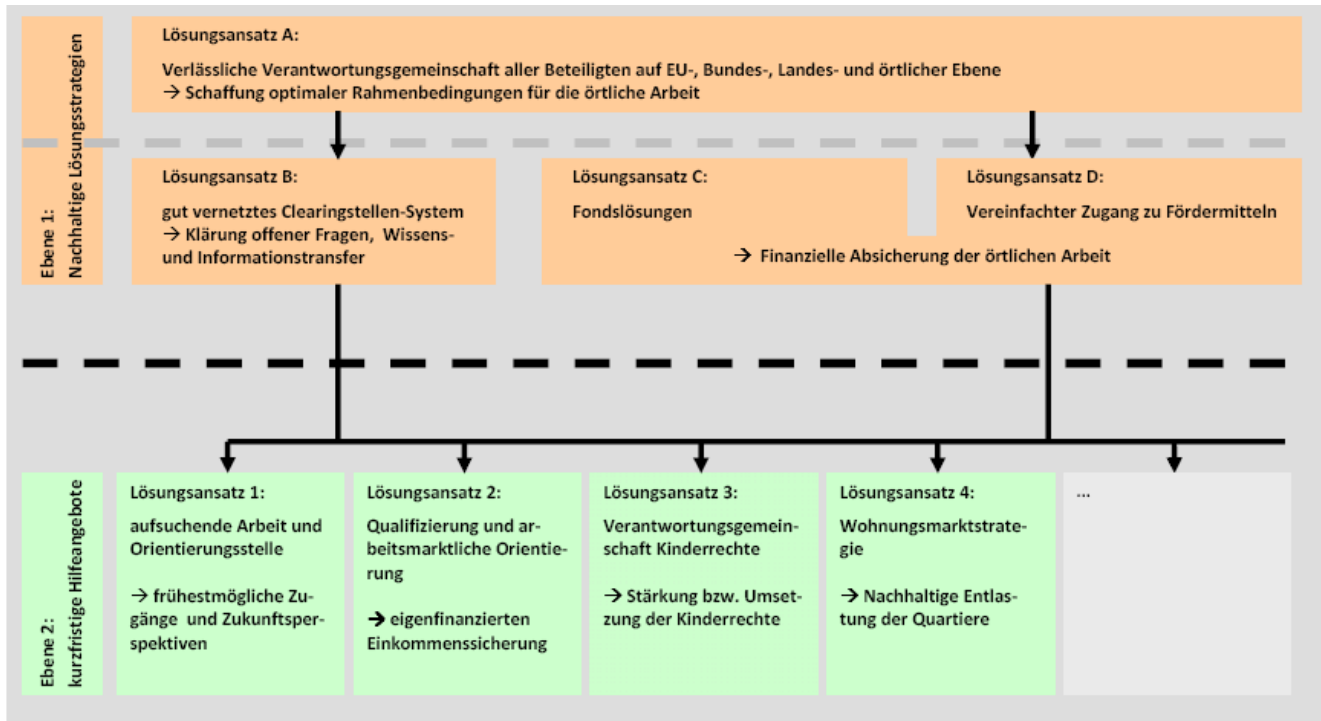
### Lösungsansatz D




Die örtliche Arbeit muss über einen erleichterten Zugang zu Fördermittelstrukturen finanziell abgesichert sein!

- vorhandene Strukturen im Rahmen verfügbarer Ressourcen optimiert/umgesteuert, aber: Arbeit in den Beratungs- und Hilfeangeboten stößt zunehmend an Grenzen
- gleichzeitig ist Beantragung von Fördermitteln zu aufwändig
- Lösungsansatz: „Servicestelle“ auf Landesebene

# 2-Ebenen-Modell: Nachhaltige Lösungen und kurzfristige Hilfen




**KOMM-IN: Effekte** 

**Was hat den Prozess nach vorne gebracht?**

**Die intensive Kooperation im örtlichen Netzwerk**

- Großes Engagement („Es tut sich was“)
- Professionalisierung der Arbeit – bei den einzelnen Akteuren, aber auch in der Zusammenarbeit
- Professionalisierung der Analyse! (auf Strukturen achten!)

**Zentraler Dreh- und Angelpunkt vor Ort!**

**KOMM-IN: Effekte** 

**Was hat den Prozess nach vorne gebracht?**

**Der Austausch über die Ebenen**

- über Verwaltungs- und Fachbereichsgrenzen hinaus
- mit Duisburg als Kooperationspartner
- auf NRW-Ebene
- auf Bundesebene
- mit der Landesverwaltung

**Voneinander lernen – auch wie es nicht geht!**



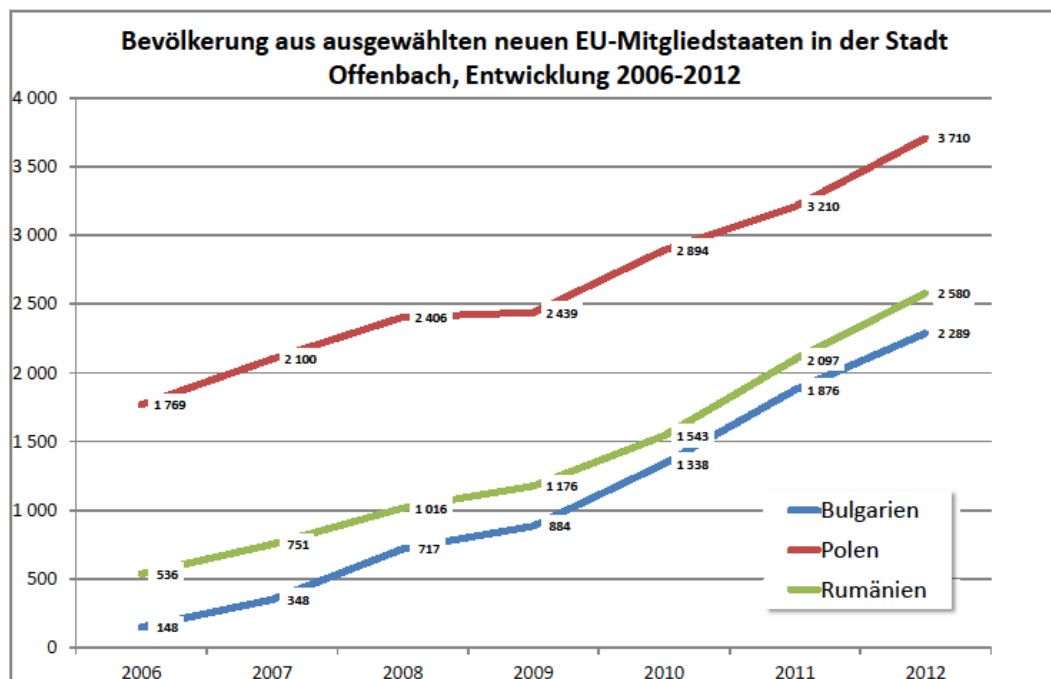
## Auswirkungen auf kommunaler Ebene durch den Anstieg der Einwohnerzahl von Menschen aus südosteuropäischen Ländern: Bulgarien und Rumänien

Fachtagung  
**Besondere Problemlagen von neuen EU-Bürger/innen aus Südosteuropa:  
 Bulgarien und Rumänien**

Frankfurt  
 9.04.2013

Ana-Violeta Sacaliuc  
 Koordinatorin Modellregion Integration  
 Stadt Offenbach am Main  
 Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration

Entwicklung in Offenbach in Zahlen (2006 – 2012)





- Starke Fluktuation, mit hohen Zuzügen aber auch Wegzügen (Arbeitsuche)
- Integrationsbedarf, da ein Teil der Zuwanderer in der Stadt bleibt.
- Hinweis: 2012 negativer Saldo (mehr Wegzüge als Zuzüge).

## **Entwicklung und *Maßnahmen* der Modellregion Integration (MRI) *zur zügigen Integration von Neuzuwanderern***

### **2010**

- Partnerschaft der Stadt mit lokalen Migrantenselbstorganisationen (MSO) im Rahmen der MRI, inkl. Projektförderung:

- Viele Projektanträge darunter zwei von der Rumänisch-Orthodoxen Kirchengemeinde e.V. (ROK):

- Deutsch mit Orientierungskurs
- Patenschaft zur Abreitsmarktintegration

- Aussagekraft über den Wert der Zusammenarbeit zw. Kommune mit den MSO: Frühwarnsignal einer Entwicklung

- Städtische AG „Leistungsmissbrauch“: noch wenige Fälle - kein Leistungsanspruch.

### **2011**

Quartiersmanagement berichtet über Spannungen in der Innenstadt, besonders angesprochen:

- Arbeitsstrich
- Übernachtung in Autos
- Neue Gruppen von Roma
- weitere Beschwerden: schlechte Wohnzustände wegen Überbelegung in mehreren Häusern, Müllprobleme, allgemein bedrohliche Atmosphäre im Quartier bedingt durch die Präsenz von Männergruppen in Parks oder auf der Straße, zum Teil mit ungewöhnlichem Verhalten bspw. Alkoholkonsum; auch laut sprechende Kinder o. Rücksichtsloses Verhalten beim Einkaufen.

Maßnahmen:

- „Lebendige Nachbarschaften“
- „Quartiersfamilie“.

Weitere Maßnahmen:

- Kontaktaufnahme mit Ausländeramt u. Ordnungsamt zur Erstellung von Informationsmaterial über Pflichten für Neuzuwanderer in den zwei Herkunftssprachen / geplante Infoveranstaltungen mit Übersetzung in den zwei Sprachen

- Ergebnisse der Pilotprojekte von ROK nach einem Jahr: über 120 Teilnehmer am Sprachkurs, 2 Anerkennungen von akad. Abschlüssen, 17 Patenschaften -alles durchgeführt von ehrenamtlichen Mitgliedern der Gemeinde.
- Keine Form der Organisation bei Zuwanderern aus Bulgarien: dringender Bedarf an Gründung einer Selbsthilfestruktur.

### **Situationsanalyse**

Hauptsächlich zwei Zuwanderungsgründe:

- *Arbeit*, bspw. wg. Verlust der Lebensgrundlage im Herkunftsland – Arbeitslosigkeit
- *bessere Perspektiven für die Kinder*
- Fazit: akuter Armut, Verarmung, Angst vor der Verarmung in den Herkunftsländern.

Differenzierter Blick zeigt Bedarf an zielgruppenorientierten Maßnahmen für *Untegruppen*:

- (Hoch)qualifizierte wie auch bildungsferne und sozial schwache RO / BG
- Transnationale Zuwanderer RO-Herkunft aus Spanien = spanische Sprachkenntnisse.
- Roma aus RO / BG
- Einzelne Personen mit opulent guter finanziellen Situation (teure Autos), die mit ihrem Verhalten Verdacht auf organisierte Kriminalität erwecken;
- **Allgemeiner** Bedarf: Sprache, Arbeit, bezahlbarer Wohnungsraum;
- **Spezifischer** Beratungsbedarf: Anerkennung akad. Abschlüsse vs. Sozialnorm, Regeln - Mülltrennung, etc.

**Sprachförderung** bei allen Gruppen dringend notwendig.

### **Schule:**

- Anmeldung schwierig, Kommunikationsprobleme
- Hoher Bedarf an Elternberatung über das deutsche Schulsystem, v.A. gefährden Zeitverzögerungen die Situation der Jugendlichen ab 16 Jahren wg. grenznahen schulpflichtigen Alters.

### **Existenzsicherung und Arbeit:**

- Meistens legale Arbeitssuche und Gewerbeanmeldung;
- Beobachtete Graue- bis Schwarzarbeit;
- Prekäre Arbeitsbedingungen: Unterbezahlung: 3 Euro / Stunde, Selbstständige mit Einkünften unter dem Existenzminimum.

### **Gesundheit:**

- Versicherungen: fehlende Krankenversicherung, aber auch Zielgruppe oft schlecht informiert und wird falsch beraten. In der Folge sind notwendige Versicherungen nicht

vorhanden dafür aber unsinnige und teure Versicherungen abgeschlossen  
(Haftpflicht-, Lebensvers.)

- Schwangerschaftberatungen.

### **Interkulturelle Beziehungen** innerhalb der Migrationsbevölkerung:

- Stigmatisierung verursacht Konkurrenz um Ressourcenverteilung und

Abgrenzung:

- Türken von türkischsprechenden Bulgaren („Bulgare“ vermehrt benutzt als Schimpfwort im jugendlichen Jargon)
- Andere Neuzuwanderern -Griechen / Portugiesen / Italienern obwohl selbst oft in schwierigen Situationen
- alteingesessenen Rumänen und Bulgaren;

### **Kriminalität:**

- Bedrohlich aussehende Männergruppen im öffentlichen Raum
- Mißbrauch der Tafeldienste von bestimmten Erwachsenen (vermutlich organisiert);
- Prostitution;
- Bestimmte Bars und Cafés entwickeln sich als Treffpunkte; es besteht die Vermutung, dass diese Treffpunkte auch zur Abwicklung illegaler Aktivitäten genutzt werden.

### **Institutionelles Problem**

- Migrationsberatungsdienste (MBE) u. Jugendmigrationsberatung (JMD) berichten über Überforderung (wenig Personalkapazitäten) wg.:

- rasanter Anstieg der Kundenzahl
- längerer Bearbeitungszeit einzelner Fälle wg. multipler Problemlage (Anmeldungspflicht, Arbeitsmarkt, Schule, Wohnung, Krankheit, etc.) – Folgen der fehlenden Sozialversicherung im Gegensatz bei der Gastarbeiterzuwanderung;
- erschwerte Kommunikation wg. fehlender Sprachkompetenzen (Beratung erreicht fast nur Rumänen mit Spanischkenntnissen und türkischsprechende Bulgaren);

- Bürgerbüro – Bedarf an Umstrukturierung wg. erhöhten Kundenzahl / erhöhte Bearbeitungszeit wg. Sprachbarrieren

- Ordnungsamt – multiple Aspekte: Arbeitsrecht mit Scheingewerbebeanmeldung, Hausordnung, Ruhestörung im Stadtteil, etc.

- Schulen u. andere Einrichtungen suchen Rat bei der Fachstelle Integration, z.B. auch vermehrt Anfragen nach Informationen über Regelungen der Krankenversicherung;

- Schulämter mahnen Bedarf an neuen Klassen (Schülerzahl, Quereinsteiger), Sprachförderung und Lehrern pädagogisch und finanziell über ihre Limits;

- Erhöhte Integrationskosten (Fachstelle Integration, Jugendamt, Schulen);

- Erhöhte Kriminalitätsraten nicht nur bei Zuwanderern, oft sind sie Opfer von Straftaten durch Ausnutzung ihrer Notlage und Unkenntnisse (Polizei, Ordnungsamt, Ausländeramt).
- Im öffentlichen Diskurs scharfe Töne über Einwanderung in das deutsche Sozialsystem, in dem Wahrheiten mit Missinterpretation und falschen Informationen vermischt – über Herkunftsländer und Neuzuwanderer;
- Gut gebildete Zuwanderer (meistens Akademiker) wenden sich für Orientierung und Unterstützung direkt an die Koordinierungsstelle MRI (auch weil das Programm mit Kontaktperson im Internet). Ihre Präsenz im öffentlichen Raum nicht auffällig, daher im öffentlichen Diskurs nicht erwähnt – aber bei VHS, MBE und Integrationsbüro
- Austausch und Kooperation aller Fachstellen auch regional notwendig - Bedarf an einem koordinierten Verfahren auf *institutioneller Ebene* deutlich sichtbar.

## 2012

Einsatz von vorhandenen Ressourcen so gut wie möglich:

Fachaustausch und Beginn einer Kooperation mit MBE /JMD (auch zur Gründung einer Selbsthilfegruppe mit den Bulgaren – Erfahrung zeigt große Schwierigkeiten, da viele sich der Aufgabe nicht gewachsen fühlen);

Erweiterung der Kooperation mit aufgewachsenen Strukturen der MSO –Rumänische (Kultur)Gemeinde im Rhein-Main-Gebiet e.V., CROM) – Qualifizierung der ehrenamtlichen Mitglieder für die Aufgabe „Migrationsberatung“ durch AWO-Südhessen; Einrichtung einer Beratungsstelle (in der rumänischen Sprache) im Stadtteil Nordend;

Am 16.November Workshop der MRI (angehängte Dokumentation) als 1. Fachaustausch auf der Stadtebene mit konkreten Lösungsvorschlägen.

## 2013

- Projekt der AWO / IB / Stadt Offenbach zur „Gründung einer Anlauf- bzw. Beratungsstelle für Zuwanderer aus Bulgarien“ – Aktivierung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Kräften bulgarischer Herkunft, Neuzuwanderer sehr motiviert, zurzeit sehr gute Entwicklung.
- Vielzahl von Autos mit OF- Kennzeichen (früher BG) – allmählich Zeichen für Stabilität und Integration.

## Kontakt

Ana-Violeta Sacaliuc  
 Koordinatorin Modellregion Integration  
 Stadt Offenbach am Main, Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration  
 Berliner Straße 100, 63065 Offenbach  
 Telefon: 069 8065 2027  
 E-Mail: [Ana-Violeta.Sacaliuc@offenbach.de](mailto:Ana-Violeta.Sacaliuc@offenbach.de)  
[www.offenbach.de](http://www.offenbach.de)